

Der Deutsche Metallarbeiter

Organ für die Interessen der Metall-, Hütten- und chemischen Industrie-Arbeiter und Arbeiterinnen

Erscheint wöchentlich Samstags. Abonnementspreis durch die Post bezogen vierteljährlich 1,50 Mk. Anzeigenpreis die 6 gespalt. Colonnetten für Arbeitsgesuche 75 Pf., Geschäfts- und Privatanzeigen 1 Mk.

Eigentum des christlichen Metallarbeiter-Verbandes Deutschlands

Schriftleitung und Geschäftsstelle: Duisburg, Seitenstraße 17. Schluß der Redaktion: Montag Abend 6 Uhr. Zuschriften, Anzeigen und Abonnementbestellungen sind an die Geschäftsstelle zu richten

Partei ergreifen!

Bei der ausgesprochenen Tendenz unserer Zeit, sich zu gemeinsamen Interessengruppen, zu Organisationen gleicher religiöser, politischer oder sozialwirtschaftlicher Anschauungen und Ziele zusammenzuschließen, bei der eifrigen Verbearbeitung der verschiedenen Richtungen um Verstärkung ihrer Anhänger sollte man glauben, es liefen nicht mehr viele Menschen einsam auf zerstreuten Wegen durchs Leben. Und doch, wenn man sie alle zusammenbringen könnte, die den Bemühungen aller Agitatoren zum Trotz nicht „Ja“ und nicht „Nein“ sagen, die nicht diese Vereinigung zum Freunde und nicht jene zum Feinde haben, die, mit einem Worte, nicht „Partei ergreifen“ wollen, das gäbe eine unübersehbare Schar.

Gewiß, es hat immer große Menschen gegeben, die sich ihre eigenen Wege gebahnt. Man kann aber beim besten Willen nicht annehmen, daß von den Millionen Abseitsstehender jeder einzelne zum Pfadfinder berufen ist. Warum ergreifen sie nicht Partei? Es fehlt ihnen an Einsicht und Entschlossenheit; sie sind so im Alltagsstrotz, sind so mit dem Mechanismus ihrer Arbeit verflochten, daß es ihnen schwer fällt, einmal den Geist so weit zu öffnen, um dem Gedankengang einer Agitationssrede zu folgen, um sich zu dem Entschlusse aufzuraffen, selbstständig sich für diese oder jene Organisation zu entscheiden. Das ist auch eine Sache des Mutes, jener Werbung nachzugeben, auf deren Seite der meiste Ernst, die gediegenste Leistungsfähigkeit bei möglichster Vermeidung des „Tam Tam“ nach außen zu finden ist. Einsicht, Entschlossenheit, Mut möchte man allen noch unorganisierten deutschen Metallarbeitern wünschen, damit sie bald „Partei ergreifen“ für ihre eigene Sache, für die Sache ihres Standes, wie sie im christlichen Metallarbeiterverband vertreten wird, der stets mit Verständnis, mit Mäßigkeit und Opfermut für die Interessen seiner Mitglieder eintritt.

Ihr Kollegen aber, die ihr bereits die Vorzüge eures Verbandes genießt, verhelft mit Nachdruck allen Unentschlossenen zu einem halbigen „Partei ergreifen“ in diesem Sinne!

Die schändliche Kampfesweise des sozialdemokratischen Metallarbeiterverbandes gegen die Mendener Arbeiter.

Wiederholt waren wir gezwungen, das arbeiterverräterische Gebahren des sozialdemokratischen Metallarbeiterverbandes gegen die im Kampfe stehenden Mendener Kollegen an den Branger zu stellen. Schon zu Beginn der Lohnbewegung drohten zwei seiner Beamten, wie gerichtlich festgestellt ist, die sozialdemokratischen Verbändler zum Streikbruch anzuweisen. Dann spielten die Genossen dem Arbeitgeberverband in die Hände durch die stereotype Verbreitung der Lüge, der Kampf bezwecke weniger eine Lohnaufbesserung, sondern man wolle durch ihn die Wiedereinstellung eines entlassenen Arbeiters erzwingen. Als dann die Ausberrung verfeht wurde und ein Teil der Mendener Kollegen sich auswärts um Arbeit umfah, ging der Spektakel im roten Lager erst recht los. Während jeder anständige Arbeiter soviel Solidaritätsgelübde befehlte und ausgeberrten Kollegen nach Kräften behilflich ist, eine Arbeitsstelle zu finden, hatte der rote Metallarbeiterverband nichts eiligeres zu tun, wie durch ein verlogenenes Geheule die Arbeitgeberverbände gegen die arbeitssuchenden Ausgeberrten auf den Plan zu rufen.

Dieses schändliche Treiben gegen im augenwinnenden Kampfe stehende Arbeitsbrüder suchte der sozialdemokratische Metallarbeiterverband dann notdürftig mit dem Feigenblatt aneerslicher „Notwehr“ zu verdecken. Ohne jede Strafe behauptete er einfach wahrheitswidrig die christliche Organisation, sie habe Mendener Ausgeberrte als Arbeitswillige in Betriebe vermittelt, wo sozialdemokratische Verbändler im Streik ständen. Na, man fabrikierte sich im roten Lager sogar selbst schriftliche „Beweise“, um die verlogenen Behauptungen wenigstens zum Schein damit stützen zu können. Doch das alte Sprichwort „Lügen haben kurze Beine“ bewahrheitete sich auch hier. Zug um Zug gelang es uns, die roten Schwindelreden über angebliche christliche Streikbrechervermittlung als Lügen und böswillige Verleumdungen zu entlarven.

Die Genossen kreben bis zur Stunde in Flußläthern und Presse noch immer mit der angeblichen Erklärung eines A. B. bezw. Josef Sirsch gegen den christlichen Metallarbeiterverband herum, die wir schon in unserer

Nr. 6 unter die Lupe nahmen. Wie wir weiter in der vorigen Nummer mitteilen konnten, ist dem toten Verbändler dieser „Beuge“ nunmehr „abhanden“ gekommen. Josef Sirsch hat sich jedoch inzwischen wieder eingefunden — und zwar beim Vertrauensmann des christlichen Metallarbeiterverbandes in Ludwigsb. Dem unerhörten Unfug, den die Sozialdemokraten mit seiner Unterschrift treiben, wollte er ein Ende machen. Sirsch hat, man möge ihn entschuldigen, er habe gar nicht gewußt, was er eigentlich unterschrieben habe. Die Genossen hätten soviel auf ihn eingesprochen und da habe er in seiner Not schließlich getan, was sie ihn gebelien. Er sei in gewerkschaftlichen Dingen noch ganz unerfahren, die rote Demagogie habe er nicht gelannt und er habe auch nicht im entferntesten geahnt, daß die Genossen seine Notlage in so unerfreulicher Weise für ihre unlauberer Zwecke ausnutzen würden. Sirsch gab dann aus freien Stücken folgende Erklärung ab:

Erklärung:

Ich Unterzeichneter erkläre hiermit wahrheitsgemäß und mit freiem Willen, daß das von mir dem Deutschen Metallarbeiterverband unterschriebene Schriftstück nicht der Wahrheit entspricht. Ich bin heute aus freiem Willen zu Herrn Seierichsamt gegangen, um ihm folgende Erklärung vor denselben schriftlich abzugeben:

Es ist nicht richtig, daß ich vom Büro des christlichen Metallarbeiterverbandes in die „Sanitaria“ nach Endwiesbura geschickt wurde. Ich kenne den Bezirksleiter Bengler gar nicht. Ich kam, nachdem ich anderweitig die Adresse des Herrn Seierichsamt erfahren hatte, freiwillig nach Endwiesbura. Dieser gab mir die Adressen der für meine Branche in Frage kommenden Firmen an und teilte mir dabei mit, daß in der „Sanitaria“ gestreift werde und auch die Ursachen des Streiks. Ich habe ihm darauf, daß ich völlig mittellos sei, unbedingt Geld brauche und Arbeit haben wolle. Nach den Genossen fragte ich nichts, diese habe ich satt, waren denen habe ich in Stuttgart fortgemüht, die Streikkosten sollen mir nur kommen, denen wolle ich es schon lazen.

Nicht wahr ist auch, daß Herr Seierichsamt zu mir sagte, es sei jetzt notwendig, soviel wie möglich Leute in den Betrieb zu bekommen. Er sagte nur, daß er auf die Verhältnisse in der Sanitaria keinen Einfluß habe, dies könnte nur der Fall werden, wenn nach dem Streik vielleicht auch einmal Mitarbeiter des christlichen Verbandes dort in Arbeit treten würden.

Weiter ist nicht richtig, daß es mir anstandslos war, zu Herrn Seierichsamt zu gehen, im Gegenteil. Er hat mich in meiner Not in fremdbildiger Weise unterstützt, wofür ich ihm stets Dank schulde. Ich habe mich leider zu der mir vom Deutschen Metallarbeiterverband fertigt zur Unterschrift vorgelegten Resolutionsurkunde nur durch das Geld, welches ich in meiner Not brauchte, bewegen lassen. Wenn ich aber gemerkt hätte, zu was der Deutsche Metallarbeiterverband die Resolutionsurkunde mißbrauchen würde, hätte ich es keinesfalls getan.

Ludwigsb., den 15. Februar 1913.

Josef Sirsch

In geradezu niederträchtiger Weise haben also Beamte des sozialdemokratischen Metallarbeiterverbandes auch in diesem Falle die Notlage eines Arbeiters ausgenutzt, um ihm eine Erklärung gegen den christlichen Metallarbeiterverband abzubressen. Faktisch, der sozialdemokratische Metallarbeiterverband, der mit solch schmutzigen Waffen gegen die seit Monaten im Kampfe stehenden Mendener Arbeiter zu Felde zieht, ist auch hier seiner Tradition treu geblieben, die das Arbeitserbe der Verbändlerzeit als Teufeleien und Arbeiterverrat bezeichnet.

Nachdem der sozialdemokratische Metallarbeiterverband dieses arbeiterverräterische Treiben gegen die ausgeberrten Kollegen in Mendener nunmehr schon Monate lang fortgesetzt, nachdem das Blatt dieses Verbandes in seiner Nr. 48 von 1912 den Mendener Arbeitern sogar eine Niederlage gemeldet, mußten wir neuerdings erfahren, daß auch zwei Mitglieder dieses sozialdemokratischen Verbandes in Mendener ausgeberrt sind. Der Beamte Martin von der roten Bezirksleitung in Düsseldorf stellte die beiden auf dem Büro unserer Mendener Ortsverwaltung vor. Was soll man dazu sagen? Also die rote Bezirksleitung legt jetzt endlich — nachdem das arbeiterverräterische und verlogene Treiben des roten Verbandes von uns Zug um Zug entlarvt ist — anscheinend Wert darauf wissen zu lassen, daß in Mendener auch ein paar Mitglieder des sozialdemokratischen Verbandes ausgeberrt

sind. Damit können aber doch keineswegs die Tatsachen aus der Welt geschafft werden, daß der sozialdemokratische Metallarbeiterverband den kämpfenden Arbeitern in Mendener mit allen Mitteln der Lüge und Verleumdung in den Rücken gefallen ist und die Geschäfte der Scharfmacher besorgte, daß er die Arbeitgeberverbände gegen die auswärts Arbeit suchenden Ausgeberrten auf den Plan gerufen, daß im Organ des sozialdemokratischen Metallarbeiterverbandes — trotzdem auch seine Mitglieder von der Ausberrung betroffen wurden — bis heute Mendener für den Bezug nicht geberrt wurde.

Diese Tatsachen sprechen für sich. Eine andere Frage aber ist die: Wie lange noch will sich die Metallarbeiterschaft ein solches Schindluderpiel mit ihren ureigensten Interessen vom sozialdemokratischen Metallarbeiterverband bieten lassen? Muß ein Metallarbeiter, der noch einen Funken von Solidarität und Standesbewußtsein im Leibe hat, sich nicht mit Abscheu und ehrlicher Entrüstung abwenden von dieser Gesellschaft? Darauf kann es für denkende Metallarbeiter nur eine Antwort geben. — Das Treiben des sozialdemokratischen Metallarbeiterverbandes gegen die kämpfenden Kollegen in Mendener erweist sich als eine fortlaufende Kette niederträchtigen Arbeiterverrats. Durch Aufklärung der Massen und unermüdete Verbearbeitung zur Stärkung unseres christlichen Metallarbeiterverbandes muß den Verrätern ihr gemeingefährliches Handwerk gelegt werden.

Ein Wort zum Kapitel Eindämmung der Fluktuation.

Anfangen immer und niemals vollenden. Selbst Zeit und Kraft als Tor verschwenden.

(Julius Sturm.)

In dem Artikel „Karthago“ in Nummer 7 unseres Organs schilderte der Kollege B. St. recht treffend und anschaulich, was wir durch unablässige, systematische und beharrliche Kleinarbeit gewinnen können. Die Kleinen und Kleinsten Erfolge rühriger Kleinarbeit der Haus- und Branchenagitation treibenden Kollegen in den einzelnen Gruppen summieren sich in der Tat zu großen Erfolgen für den Verband.

Aber auch umgekehrt trifft die Rechnung zu, die Kollege B. St. in seinem Artikel aufmacht: Viele kleinere Mitgliederverluste in den einzelnen Gruppen summieren sich ebenfalls zu großen für den Verband als solchen. Es hieße also in der Tat Zeit und Kraft in überdrückter Weise verschwenden, wenn die Kollegen in den einzelnen Verwaltungsstellen nicht auch die Fluktuation nach Kräften einzudämmen suchten. Den Ursachen dieses Übels, das schließlich den zahlenmäßigen Erfolg der emstigen Verbearbeitung wieder mehr oder minder in Frage stellt, wollen wir daher im folgenden einmal auf die Spur zu kommen suchen.

Da haben wir zunächst die Tatsache zu verzeichnen, daß der Begriff Agitation oder Verbearbeitung von vielen Kollegen viel zu eng aufgefaßt wird. Mit der Ablieferung des ausgefüllten Aufnahmeszettels, so glauben sie, sei die Sache für sie erledigt. Das ist aber grundverkehrt. Durch seine Beitrittserklärung ist der Indifferente noch lange nicht zum Gewerkschaftler geworden. Das wird er erst nach und nach — und nur dann, wenn wir fortgesetzt in kollegialer Weise auf ihn einwirken, auch am geistigen Leben der Organisation regen Anteil zu nehmen. Und das ist doch gar nicht so schwer. Wie leicht läßt sich das B. der Weg zur Versammlung zu einer Art Fortsetzung resp. Vollenbung der Hausagitation ausnutzen! Man macht sich eine halbe oder eine Viertelstunde früher auf den Weg und sucht den oder die Neugewonnenen, den oder die bereits wieder wankend gewordenen Kollegen auf und nimmt sie mit zur Versammlung. Kurz, es muß mehr Wert darauf gelegt werden, die Neugewonnenen auch in das gewerkschaftliche Leben einzuführen und die Wankenden zu befestigen. Das heißt die Agitation vollenden!

Ein weiteres Mittel zur Eindämmung der Fluktuation ist die vorchriftsmäßige pünktliche Erledigung der Verwaltungsarbeit in den einzelnen Verwaltungsstellen. Wo der Vorstand der Verwaltungsstelle oder der die Geschäfte führende Beamte der Ortsverwaltung regelmäßig mit den Vertrauensmännern abrechnet, können sofort die säumigen Beitragszahler festgestellt werden, können und müssen auch sofort die Vertrauensmänner oder Hausagitatoren angewiesen werden, bei diesen Kollegen einmal nach dem Rechten zu sehen. Da gilt es ohne Verzug, ehe noch die Beitragsrückstände zu größeren Summen aufkauen, den wankend gewordenen Kollegen

aufsuchen und zu befehligen, ihn vor allem auch zu bewegen, wieder regen Anteil zu nehmen am geistigen Leben der Organisation.

Wie ungeheuer wichtig gerade die pünktliche und gewissenhafte Erledigung der Verwaltungsarbeit durch die Vorstände und Vertrauensmänner für die Erhaltung der unter großen Opfern und Mühen einmal gewonnenen Mitglieder ist, dafür nur ein Beispiel. Schreiber dieses besuchte vor Kurzem die Generalversammlung einer größeren Ortsverwaltung. In der Diskussion zum Geschäftsbericht erhob sich nun ein erst vor einigen Wochen durch die Hausanitation neu aufgenommenen Kollege und beschränkte sich darüber, daß „er und noch zwei Kollegen im gleichen Hause, die mit ihm gleichzeitig dem Verbanne beitreten seien, seit der Zustellung des Mitgliedsbuches vor 7 Wochen nicht mehr bedient worden seien. Er habe sich den Beitrag jede Woche zurückgelegt; die beiden anderen hätten sich jedoch außer Stande erklärt, den Beitrag für 7-8 Wochen nachzahlen und wollten austreten, da aus der Vernachlässigung hervorgehe, daß der Verband (!) doch keinen Wert auf ihre Mitgliedschaft lege.“

Dieses Beispiel aus der Praxis zeigt uns, wie notwendig es ist, daß unsere Vertrauensmänner ihre Obliegenheiten pünktlich und gewissenhaft erledigen. Gerade die Neugewonnenen sind in diesem Punkte sehr empfindlich; die Vernachlässigung durch den Vertrauensmann empfinden sie als Zurücksetzung durch den Verband. Dann darf es aber auch in einer Verwaltung, die auf Ordnung hält, gar nicht passieren, daß Mitglieder drei, vier Wochen und länger mit dem Beitrag rückständig sind, ohne daß etwas geschieht um die Ursache zu ermitteln. Wäre letzteres in dem vorerwähnten Falle geschehen, so wären die zwei Neugewonnenen dem Verbanne gewiß nicht sofort wieder verloren gegangen.

Wir gehen sicher nicht fehl in der Annahme, daß ein großer Teil der Fluktuation auf das Konto einer ziemlich oberflächlichen Erledigung der Verwaltungsarbeit, auch in größeren Gruppen, zu setzen ist. Wie könnte es sonst vorkommen, daß es noch Verwaltungsstellen gibt, die am Quartalsabschluss „erst die Listen säubern“ müssen von „faulen Zahlern“, um einen einigermaßen annehmbaren Markendurchschnitt herausrechnen zu können. Die Verwaltungsstellen, die so arbeiten, täuschen sich das ganze Quartal hindurch selbst über das was ist — kein Wunder, daß gerade sie dann auch eine unverhältnismäßig große Fluktuation aufweisen.

Da liegt der Hase im Pfeffer! Gewiß, mit Eifer und Ausdauer sollen wir unser den Indifferenten werben und ihrer möglichst viele unserm Verbanne zuführen. Dann aber kommt das andere, was noch weit, weit wichtiger ist: Der Indifferente muß zum Gewerkschaftler, zum Mitkämpfer erzogen werden. Wir müssen um ihn werben, bis wir ihn ganz haben, bis er auch am Versammlungsbesuch und überhaupt am gewerkschaftlichen Leben regen Anteil nimmt. Und auch jene Vielen, die äußerlich schon länger in unseren Reihen stehen, an denen aber die Erziehung zum Gewerkschaftler noch nicht vollendet, die sich daher auch in den Versammlungen wenig oder gar nicht sehen lassen, die mit dem Beitrag im Rückstand bleiben, auch die müssen wir zu überzeugten Mitkämpfern für unsere Sache heranzubilden suchen. Der Agitator muß also mit Hilfe der die Verwaltungsarbeit erledigenden Kollegen den Erfolg seiner

Arbeit ständig kontrollieren, er muß das angefangene Werk vollenden, nur dann ist seine Arbeit von dauerndem Erfolge!

Schutz der Arbeitswilligen.

(Ein Rückblick auf die letzten diesbezüglichen Vorgänge.)

Diese alte Sechselange wurde gelegentlich der Einbringung einer konservativen Resolution zwecks Verbots des Streikpostenlebens, in ihrer ganzen Länge, sowohl in den Parlamenten als auch in der Presse, wieder aufgerollt. Die Resolution der Konservativen, die Graf Westarp begründete, wurde erstinstanzlich vom Reichstage mit 282 gegen 62 Stimmen abgelehnt. Staatssekretär Delbrück, dem man beim besten Willen nicht Einseitigkeit zugunsten der Arbeitnehmer nachsagen kann, erklärte sich ebenfalls in bestimmter Form gegen ein Verbot des Streikpostenlebens. Er führte aus, daß nur der geringste Teil des „Terrorismus an Arbeitswilligen“ von den Streikposten ausgeht, auch sei es äußerst schwierig, eine juristische Definition des Streikpostenlebens zu erhalten.

„Um Ausschreitungen der Streikposten und Ausschreitungen bei Gelegenheit eines Streiks zu begegnen, gelangen die jetzigen gesetzlichen Bestimmungen. Das bestätigen die Erfahrungen im Ruhrrevier.“

Während er so einerseits die konservative Resolution namens der Regierung ablehnte, kündigte er jedoch andererseits „eine systematische Aenderung unserer strafrechtlichen Bestimmungen, welche eine völlige Befreiung der Verhaftung der Arbeitswilligen bringen sollen,“ an. Da liegt der Hase im Pfeffer! Gewiß, die nicht gerade von Sachkenntnis getriebenen Ausführungen und die Resolution der Konservativen, die sich diesesmal als Unbündel der Scharmacher alten Stils mißbrauchen ließen, schützelten die Regierung sowohl wie auch die übrigen Parteien des Reichstages ab. Deswegen aber hat die gesamte Arbeiterschaft, besonders aber die christlich-nationale Arbeiterschaft keinerlei Ursache, sich wegen des Koalitionsrechtes in Sicherheit zu wiegen. Sowohl die Regierung als auch die Scharmacher neueren Stils planen, darüber braucht heute niemand im Zweifel zu sein, neue Beschränkungen des Koalitionsrechtes der Arbeiterschaft; trotzdem das jetzige Koalitionsrecht keineswegs als frei und den berechtigten Interessen der Arbeiter entsprechend bezeichnet werden kann. Der ominöse § 153 der Gewerbeordnung, der sich ohne weiteres als Ausnahmegesetz gegen die Arbeiter richtet, besteht noch zu Recht. Die Unternehmer können nach wie vor ungestraft die Arbeiter mit allen möglichen Mitteln von den gewerkschaftlichen Arbeiterorganisationen fern halten. Gegen sie schreibt kein Staatsanwalt ein, denn der § 153 richtet sich nur gegen den Koalitionszwang der Arbeiter. Die Eliminierung des Koalitionsrechtes durch scharfmacherische Unternehmer bleibt nach wie vor straflos.

Trotzdem sind in den letzten Jahren außerordentlich viele und einflussreiche Kreise, die sonst durchaus nicht immer Eintracht miteinander gehen, gegenüber der Arbeiterschaft darin einig, daß die Vergehen, die bei Streiks und Aussperrungen vorkommen noch schärfer geahndet werden sollen. Der freilich liberalere Herr von Kardorff meinte, die Sozialdemokratie müßte mit den Machtmitteln des Staates bekämpft werden, denn sie sei keine geistige Bewegung. Tarum müßten auch die Streikvergehen noch schärfer bestraft werden. Die über 2000 Bestrafungen während und nach dem Bergarbeiterstreik zeigten höchstens, daß die Strafen nicht ausreichten.

Wenn wir auch der politischen und gewerkschaftlichen Sozialdemokratie, wie männiglich bekannt, wahrhaftig nicht freundlich gegenüberstehen, und uns des öfteren gegen ihren Terror wehren müssen, so kann man ihr doch im Grunde nicht die Bezeichnung als geistige Bewegung absprechen. Geistige Bewegungen aber, die so tief ins Volk eingedrungen sind, kann man

nicht mit „Machtmitteln des Staates“ bannen, sondern nur durch eine geist- und kraftvolle Gegenbewegung, wie sie die christlich-nationale Arbeiterbewegung darstellt. Diese würde man aber zweifellos mitteilen, wenn die Strafgesetzgebung noch weiter einseitig zu Ungunsten der Arbeiter bei wirtschaftlichen Arbeitskämpfen verschärft werden sollte; denn auch die christlich-nationalen Organisationen können die gewerkschaftlichen Hilfsmittel, wie Streikpostenleben, Beeinflussung der Streikbrecher, Bonkott usw. nicht entbehren. Ohne diese bis jetzt erlaubten Mittel wäre das Koalitionsrecht eine Farce.

Wessen sich die gesamte aufrechte Arbeiterschaft von den gesetzlichen Vertretungen der Unternehmer, wie Handels- und Handwerkskammern zu versehen hat, geht daraus hervor, daß von 80 von Herrn von Westarp befragten Handelskammern 41 neue gesetzliche Maßnahmen gegen die Arbeiter verlangten; 12 sprachen sich für schärfere Anwendung der bestehenden Bestimmungen aus, 4 hatten noch keine „genügenden Erfahrungen“ auf dem Gebiete gesammelt und nur 3 Handelskammern waren mit dem schon jetzt sehr weitgehenden Schutz der Streikbrecher zufrieden. Selbstverständlich fehlte die reaktionäre Stimme der Handwerkskammern nicht. Der deutsche Handwerkskammertag sprach sich ebenfalls für einen noch besseren Schutz der Streikbrecher aus. Es wurden aber auch Stimmen aus dem Lager der Intellektuellen laut, die sich während der öffentlichen Erörterungen aber ein eventl. Verbot des Streikpostenlebens auf Seiten der Arbeiter stellten.

Der frühere bayerische Staatsminister von Landmann, eine gewiß nicht parteiische, aber sachmännische Person, schreibt in Nr. 2 der „Deutschen Juristenzeitung“ u. a. folgendes:

„Man wird vielmehr davon ausgehen müssen, daß bei den wirtschaftlichen Kämpfen, und zwar insbesondere bei den Kämpfen im Gewerbe um die Lohn- und Arbeitsbedingungen, die Ueberwachung des Gegners ein berechtigtes und insofern auch ein notwendiges Kampfmittel ist, als diese Ueberwachung den streitenden Parteien ermöglicht, leichter zu beurteilen, wo der Kampf erfolgreich sein wird, oder ob er aussichtslos ist und daher eingestellt werden muß. Wer den Arbeitern das Streikpostenleben verbieten will, nimmt damit Partei für die Arbeitgeber. Die Gerechtigkeit würde es erfordern, daß den Arbeitgebern auch die Kontrollierung der von ihnen verfügten Aussperrungen bei Strafe verboten wird. Wie der Gewerbeverein eine von ihm über die Gewerbe oder einen Betrieb verhängte Arbeitsperre durch die Streikposten kontrollieren läßt, so kontrollieren die Arbeiter gegenseitig die Nichteingstellung ausgesperrter Arbeiter oder von „Organisatoren“ durch schwarze Listen, durch Arbeitsnachweise und Verhandswanderbücher. Auch die von den Arbeitgebern ausgesperrten Arbeiter sind „Arbeitswillige“, die durch solche arbeitgeberische Maßnahmen, durch welche ihnen die Wiedererlangung von Beschäftigung erschwert wird, ebenso bestraft werden wie die Arbeitswilligen, die bei einem Streik nicht mitzukommen wollen, durch die Streikposten.“

Am Schlusse seiner Abhandlung meint der hervorragende Jurist:

„Den besten Schutz genießen Arbeitswillige freilich dann, wenn Streiks und Aussperrungen überhaupt vermieden werden. Hierüber zu schreiben, würde zu weit führen. Das wirksamste Mittel, um den gewerblichen Frieden zu erhalten, dürfte sein, wenn Arbeitgeber wie Arbeitnehmer in jedem Gewerbe sich so zum Kampf rüsten, daß keiner von beiden Teilen mutwillig einen Streit vom Zaune zu brechen wagen wird.“

Auch der Syndikus des „Bundes der Industriellen“, Dr. Stapff, lehnt im Gegenlatz zu seinen Kollegen im „Deutscher Verband deutscher Industriellen“ ein Verbot des Streikpostenlebens ab. Allerdings aus anderen Motiven heraus als Herr von Landmann es tut. Die konservative Resolution ist ihm nicht tiefgeheben genug. Zudem befürchtet er durch ein Verbot des Streikpostenlebens auch ein Verbot der „schwarzen Listen“, der „planmäßigen Ueberwachung“ von Betrieben, der „Kontrolle der Mindestpreise

Ueber die Entstehung der gußeisernen Zimmeröfen.

Die ersten Anfangsstadien unserer heutigen Ofenindustrie liegen sehr weit zurück. Bei uns in Deutschland kannte man in den ältesten Zeiten zur künstlichen Erwärmung der menschlichen Wohnräume kein anderes Mittel als offene Holzfeuer. Man umstellte auch die offenen Feuer mit Steinen um ihnen so einen begrenzten Raum zu geben. Diese umgrenzten, sogenannten offenen Feuerstellen, welche an einem bestimmten Orte des zu erwärmenden Raumes festgelegt waren, bildeten als die ersten Anhaltspunkte für die Grundlage angelegten werden, worauf sich die deutsche Heiz- und Ofenindustrie nach und nach entwickelte.

Später nun bedeckte man auch die Feuerstellen teilweise mit Ziegeln, Ziegeln oder auch Tonkacheln und gab diesen Abdeckungen besondere Formen. Auch für den Rauch, wodurch diejenige Räume, in denen sich Feuerstellen befanden, ungesund und unwohnlich wurden, schaffte man bestimmte Wege zum Abzug nach außen.

Diese unbedeckten Feuerstellen mit bestimmten Rauchabzügen waren Kamine, allerdings in primitiver Ausführung. Mit der Weiterentwicklung der Tonwaren-Industrie in späteren Jahren ging man auch dazu über, Kamine in besseren Ausführungen herzustellen und sogar mit ornamentalem Schmuck aus gebrannten Tonkacheln und schmelzartigen Gitterverzierungen zu versehen. Als Brennmaterial kam dabei Torf, fast ausschließlich aber Holz, und zwar des längeren Anhaltens wegen in möglichst großen Stücken in Betracht. Deshalb wurden auch vielfach Baumstämme, sogenannte Stufen dazu verwendet.

Obgleich nun der Wert dieser Heizungsart äußerst minimal war, da hierbei höchstens nur ein Viertel der entwickelten Wärme zur Nutzbarkeit kam, so hat sich doch der Kaminofen bis in unsere heutige Zeit hinein, jedoch nur in gewissen Gegenden, behauptet, so z. B. in der Rheinberger Gegend und im Münsterlande. Es darf dabei nicht unerwähnt bleiben, daß dieselben die Holzabfälle, und zwar hauptsächlich Baumstämme an Ort und Stelle wahllos zu haben sind, während eine allgemeine Verwendung von Holz als Brennmaterial heute bei den teuren Preisen überhaupt unmöglich wäre.

Erst im Mittelalter gab es eine Wendung in dem bisher gebräuchlichen Heizungs-system. Es wurden nämlich in verschiedenen fürstlichen und geistlichen Residenzen, so in Paris, im Kassanischen, in der Rheinpfalz, im Saarländischen,

in Bergeshübel, in Sachsen und in der Grafschaft Manderscheid, Ofenplatten aus Gußeisen hergestellt, und zwar, um einer eventuellen Herabdrücklichkeit vorzubeugen, in Stützen von ca. einem halben Zoll. Im Siegerlande zählte man im Jahre 1687 7 Hüttenwerke, die sich ausschließlich mit der Plattenfabrikation aus Gußeisen beschäftigten.

Man fügte dann eine entsprechende Anzahl Platten zusammen und verfertigte auf diese Art gußeiserne Heizöfen. Selbstverständlich kam auch hierbei ausschließlich Holz als Brennmaterial zur Verwendung. Im weiteren wurden sodann die Gußeisen bzw. das System (es waren unter- oder auch fünfblättrigen) ausgebildet, so, daß darauf ein turmartiger Aufbau gesetzt, der in den jeweils herrschenden Architekturformen gehalten war.

Die Gußeisenplatten zu den Öfen wurden später sogar in besonderen Säulen, z. B. zur Herstellung von Öfen für Staudeschiffen und Edelleute reich mit Reliefs, Familienwappen, Monogrammen und Jahreszahlen verziert.

Infolge der durch die außerordentliche Wandstärke dieser Platten bedingten Haltbarkeit finden sich noch oft einzelne davon vor, und zwar in Museen, Privatsammlungen, so in der von Reg, dem bekannten Großindustriellen Turmhurgs. Ferner befinden sich einige komplette, wohlhaltene Exemplare von Öfen aus jener Zeit, geschmückt mit Wappen und Turmspitzen in Hildesheim (Museum), Nürnberg (Burg), Salzburg (Feste), Danzig (Artushof) und Wollsch (Rathausaal).

Mit diesen Ofenplatten ist wegen ihres mannigfachen bildnerischen Schmuckes ein bedeutendes Stück Kulturgeschichte verknüpft, und diese legen ein herabtes Zeugnis davon ab, daß in der Robellierung der Wappen etc. sowie Feinheit des Gußes entsprechend den damaligen Verhältnissen der Gießerei-Einrichtungen und Technik wirklich hervorragendes geleistet wurde.

Das Eisenhüttenwerk in Ufingen im Kassanischen genos in damaliger Zeit einen besonderen Ruf in der Platten-gießerei. Ein hervorragender Plattengießer jener Zeit war der Gießmeister Curt Scharff zu Schwalefeld, der um die Mitte des 16. Jahrhunderts wertvolles leistete. Besondere Berühmtheit hatten auch diejenigen Werke darin erlangt, für die der geschickte Formschneider Philipp Soltau von Frankenberg im Dessischen die künstlerisch ausgeführten Modelle lieferte, so u. a. 2 bekannte Modelle „Die Geburt Christi“ und „Die Erhöhung der Welt“. Diese Arbeit wurde im Jahre 1680 von dem Hofbildhauer von Dama für die Eisenplatte Hildesheim nachgebildet. Ferner sind noch bemerkenswert die Arbeiten des Gießmeisters Peter Sorge zu Kraft-

solms, später zu Weibmünster in Nassau. So z. B. besonders eine Platte, worauf die Enthauptung Johannes des Täufers dargestellt ist, nebst verschiedenen Jahreszahlen.

Zu jener Zeit waren die gußeisernen Öfen sehr teuer und nur den Wohlhabenden zugänglich. Ein solcher Ofen bildete zu Anfang des 16. Jahrhunderts geradezu ein fürstliches Geschenk. Das Gewicht war dem der heutigen Öfen gegenüber ganz enorm und betrug oft 30-40 Zentner. Der Preis betrug 40-60 Gulden. Die Kassauer Hütten lieferten die gegossenen Platten in der Hauptsache nach Brabant zum Verkauf und man rechnete pro Zentner Platte zu 22 Weispennigen, die Tonne zu 87 Mark. Bei diesen Öfen lag die Feuerung in der Regel außerhalb der zu heizenden Räume und erst seit dem 18. Jahrhundert wurde diese Art Öfen für Innenheizung gebaut.

Durch den Bau dieser geschlossenen gußeisernen Öfen war ein ganz bedeutender Fortschritt in der Ofen- bzw. Heizungs-technik, wie auch in hygienischer Beziehung geschaffen. Auch der Heizwert der Feuerung trat erheblich mehr als bei den offenen Kaminen hervor. Nach und nach bildeten sich nun im Weiterbau von Öfen verschiedene Systeme heraus und zwar sogenannte Windöfen, Halsöfen etc. Auch bante man Öfen mit Aufsetztagen, sodaß dieselben zu Kochzwecken, bzw. zum Warmhalten von Speisen benutzt werden konnten.

Jetzt ging man in der Ofenindustrie Schritt vor Schritt vorwärts, da es sich nämlich herausstellte, daß die Hitze des Feuers bei einfachem Abzuge des Rauches nicht genug ausgenutzt wurde. Daher baute man durch Einstellen von Schiebern in die Öfen besondere Kanäle, damit die Hitze darin zirkulieren und die gesamten Teile der Öfen durch und durch erwärmen konnte. Diese Sorte Öfen ist bekannt unter der Bezeichnung Zirkulationsöfen. Hierzu gehören auch die Kachelöfen, wobei die Anszugung des Brennmaterials doch nur 30 Prozent beträgt. Trotzdem finden wir heute noch Kachelöfen, hauptsächlich in Norddeutschland im Betriebe vor. Dieselben erwärmen sich zwar langsamer als eiserne Öfen, halten aber dagegen die Wärme bedeutend länger an als diese. Letztere bedürfen daher der steten Zufuhr von Brennmaterial, da mit dem Erlöschen des Feuers auch die Heizquelle versiegt.

Die Wahrnehmung der durch die Rauch- und Wärme-zirkulation in den Öfen entstandenen Vorteile bildeten wieder die Grundlage zur Einrichtung und Konstruktion verschiedenartiger Ofensysteme, die in den letzten Jahrzehnten auf dem Markt gebracht wurden. (Schluß folgt.)

Kollegen!

Die Aussperrung in Wenden dauert weiter an, ein Ende ist noch nicht abzusehen. Die Sozialdemokratie sucht durch einen systematischen Verleumdungszug die Position der Wendener Kollegen zu erschweren. Lutz wir daher unsere Pflicht. Vergesse keiner den regelmäßigen Extrabeitrag für die kämpfenden Arbeitsbrüder in Wenden.

und Lieferungsbedingungen", wie sie die Unternehmerorganisationen eingeführt haben. Geschehen müsse aber unbedingt etwas, und man muß es dem Syndikus Dr. Staff lassen, er will gleich ganze Arbeit getan wissen. Seine Vorschläge gipfeln in folgenden Forderungen:

1. Die Polizeiorgane und die Polizei sollen angemessen werden „zur Aufrechterhaltung der Sicherheit, Ruhe und Bequemlichkeit des Verkehrs und der öffentlichen Ordnung“ die Streikposten wegzumessen.

2. Die Streikjustiz müßte möglichst auf der Stelle in Funktion treten.

3. Der Absatz 2 des § 152 der Gewerbeordnung müßte beseitigt werden und den gewerblichen Arbeiterberufsvereinen die Rechtsfähigkeit in dem Sinne gegeben werden, daß sie mit ihrem Vermögen für die Tätigkeit ihrer Beamten und Mitglieder haften.

4. Verlangt der Herr Syndikus, daß bei der bevorstehenden Reform der Strafprozessordnung der sog. Nötigungsparagraph verschärft werde, damit die Willensfreiheit des einzelnen, sein Recht auf ungehinderte Berufsausübung und seine persönliche Unverletzlichkeit bei der Arbeit sicher gestellt sei.

Er erhebt diese Forderung in Nr. 2 seines Organs „Deutsche Industrie“ namens des Liberalismus. Die „Königliche Zeitung“ tritt seinen Forderungen in einem längeren Artikel in ihrer Nr. 89 ds. Jg. bei. Ebenso sprach sich Herr Dr. Friedberg, der natl. Führer im preussischen Abgeordnetenhause, zugunsten einer Sanktionierung der Arbeiterorganisationen mit ihrem Vermögen für die Sandungen ihrer Beamten und Mitglieder aus. Natürlich schloßen als Kronzeugen und willenlose Werkzeuge der Unternehmer bei dieser Gelegenheit die „gelben Arbeiterorganisationen“ nicht. Der „Bund Vaterländischer Arbeitervereine“ wandte sich rigens durch seinen Geschäftsführer in einem langen Schreiben an den Abgeordneten Wassermann, um ihn und seine Partei für die Streikpostenverbots-Resolution zu gewinnen, was ihm allerdings nicht gelang. Wie immer, so zeigte sich auch hier wieder der wahre Charakter der gelben Unternehmerschutztruppen.

Zu den Vorschlägen des Syndikus Dr. Staff sei bemerkt, daß die christlichen Arbeiter von dem Rechte des Streikpostenausstellens nicht ablassen werden, auch wenn einzelne Unternehmer die Polizei gegen die Streikposten aufgeben sollten, da sie eben nicht „Verkehr, Ruhe und Ordnung fördern.“ Sollten sie trotzdem fortgewiesen werden, so erfolgt totschick jedesmal telegraphische Beschwerde bei der nächst vorgescherten Behörde der Polizei. Für eine Festhalsigkeit der Berufsvereine im Sinne der obigen Vorschläge haben die christlich-nationalen Arbeiter kein Verständnis. Sie werden durch ihre Vertreter dafür sorgen, daß eine Aktionsbehinderung oder Einschränkung der Gewerkschaften, wie Dr. Staff u. a. es gern läßt, hintertrieben wird, auf eine solche „Rechtsfähigkeit“ verzichten die Arbeiterberufsvereine. Mit der Forderung, den Nötigungsparagraphen bei der jetzigen Revision der Strafprozessordnung zu verschärfen, will man seitens der Unternehmer auf Umwegen und möglichst unauffällig, einen weiteren Ausnahmeparagraphen, außer dem § 152 G.-O., gegen die Arbeiter schaffen.

Seiber scheint die Regierung dem Drängen der Scharfmacher modernen Stils nachgeben zu wollen, die oben genannten Neuerungen des Staatssekretärs Delbrück lassen darauf schließen. Die christlichen Arbeiter wünschen keinen zweiten Ausnahmeparagraphen, im Gegenteil, sie fordern die Aufhebung des § 152 der Gewerbeordnung, oder aber zum mindesten seine Unwendbarkeit und Ausdehnung auch auf Koalitionsrechtsbedroher aus den Kreisen der Unternehmer. Schon die jetzige Streikjustiz arbeitet nicht nur sehr schnell, sondern sie verhängt oft Urteile, die das Rechtsempfinden des einfachen Mannes schwer beleidigen. Für jedes kleine Streikvergehen, daß unter anderen Umständen vielleicht mit 10 Mk. Geldstrafe geahndet würde, erfolgt durchweg Erkennung auf Gefängnisstrafen. Allein für den Juraß des Wortes „Streikbrecher“ wurde z. B. in letzter Zeit bei Streiks von den Gerichten auf 4 Wochen Gefängnis als „ausreichende Sühne“ erkannt!

Aus den Vorgängen der letzten Zeit lernen wir, daß die christlich-nationale Arbeiterchaft und ihre Vertreter jetzt jegliche Ursache haben, die Augen offen zu halten. Letzten Endes sind alle diese Bestrebungen eines gewissen Teiles des Bürgertums und der feudalen Herren nichts anderes, als Maßnahmen zur Unterdrückung und Niederhaltung der gesamten Arbeiterchaft, auch der christlich-nationalen, die um die wirtschaftliche Emanzipation und Gleichberechtigung des Arbeiterstandes mit Erfolg kämpft. Zu diesen Maßnahmen werden die christlich-nationalen Arbeiter niemals die Hand bieten.

Konferenz der christlichen Gewerkschaften Schleswig-Holsteins.

Am Sonntag, den 9. Februar versammelten sich in der Industriestadt Neumünster 35 Delegierte der christlichen Gewerkschaften Schleswig-Holsteins, um in ernster Beratung Richtlinien für die künftige Gewerkschaftsarbeit zu formulieren. Die evangelischen Arbeiter- und Jünglingsvereine sowie die katholischen Arbeiter- und Gesellenvereine hatten mehrere Vertreter entsandt; ein erfreuliches Zeichen treuer Waffenbrüderschaft, wie sie in Schleswig-Holstein zwischen den konfessionellen Vereinen und christlichen Gewerkschaften besteht.

Der Vertreter des Gesamtverbandes, Kollege Hartmann-Hamburg eröffnete mit begrüßenden Worten die Konferenz und erläuterte nach Erlebigung der geschäftlichen Formalitäten Bericht über den Stand der christlichen Gewerkschaften im genannten Gebiete. Aus dem Bericht war zu entnehmen, daß die christlichen Gewerkschaften infolge der in der Provinz stark entwickelten sozialdemokratischen Bewegung mit mancherlei Schwierigkeiten zu kämpfen haben. Doch dürfe man, eingedenk des Sprichwortes „Eine gute Sache bricht sich Bahn“ überzeugt sein, daß die von diesen Kollegen geleitete Pioneer-

arbeit noch reiche Früchte zeitigen werde. Gegenwärtig zählen die christlichen Gewerkschaften in Schleswig-Holstein in 15 Ortsgruppen 739 Mitglieder. Vertreten sind die Verbände der Metallarbeiter, Textilarbeiter, Holzarbeiter, Fabrikarbeiter, Schneider, Lederarbeiter, Guttenbergbund, Telefoner und Eisenbahner. Ortsstellen befinden sich in Kiel und Neumünster. Die Aussichten für die weitere Entwicklung der Bewegung seien gute und könne man der Zukunft getrost entgegen gehen.

Diesem sprach Kollege Lenzing-Hannover über: „Die Bedeutung der christlich-nationalen Arbeiterbewegung für unser Volk.“ Ausgehend von den wirtschaftlich-sozialen und politischen Verhältnissen des vorigen Jahrhunderts entwarf Redner ein anschauliches Bild von der Entwicklung unserer heimischen Volkswirtschaft bis zur heutigen Zeit. Die Gewerkschaftsbewegung im allgemeinen sei ein notwendiges Produkt der wirtschaftlichen Entwicklung und der früher für den Lohnarbeiterstand außerordentlich ungünstigen wirtschaftlichen Verhältnisse. Es müsse anerkannt werden, daß durch die Gewerkschaften große Erfolge auf wirtschaftlichem Gebiet für die Arbeiter erreicht worden seien. Die Schuld daran, daß eine einheitliche Gewerkschaftsbewegung in Deutschland nicht vorhanden sei, tragen die sogenannten „freien“ Gewerkschaften, welche durch ihre Übereinkunft mit der Sozialdemokratie die christlich-nationalen Arbeiter zur Gründung unabhängiger Gewerkschaften zwangen. Redner schildert eingehend die Entwicklung und Tätigkeit der christlichen Gewerkschaften welche heute 370 000 Mitglieder zählen. Für eine weitere gezielte Entwicklung des gesamten Wirtschaftslebens sei ein wirtschaftlich und geistig höherer Arbeiterstand Voraussetzung. Um dies zu erreichen, dürfe man nicht Utopien nachjagen, sondern das praktische wirtschaftliche Gegenwartsa- rbeit zu leisten, hier haben die christlichen Gewerkschaften Vortreffliches geleistet. Von den Klassenkämpferischen sozialdemokratischen Gewerkschaften, deren Endziel die Beseitigung der bestehenden Staats- und Gesellschaftsordnung sei, könne man praktische Gegenwartsa- rbeit nicht erwarten. Die christlichen Gewerkschaften erstreben nicht die Herrschaft über die Produktionsmittel, sondern das Mitbestimmungsrecht beim Abschluß des Lohn- und Arbeitsvertrages. Der Einfluß der christlichen Gewerkschaften im Wirtschaftsleben ist, wie verschiedene große Kämpfe bewiesen haben, unverkennbar. Bei energischer Interessenvertretung ihrer Mitglieder wahren sie die Konkurrenzfähigkeit der deutschen Industrie.

Während die Tätigkeit der christlichen Gewerkschaften mehr auf wirtschaftlich-sozialen Gebiet liegt, wird die Hebung des Arbeiterstandes auf geistigem und moralischem Gebiet durch die konfessionellen Vereine ergänzt. So bilden christliche Gewerkschaften und konfessionelle Vereine die beiden Arme der christlich-nationalen Arbeiterbewegung. Redner schloß seinen äußerst lehrreichen Vortrag mit einem Appell zu weiterer eifriger Arbeit.

Nach einem weiteren instruktiven Vortrag des Kollegen Dohler-Bremen über „Praktische Arbeit in den Ortsgruppen“ wurde in die Generaldebatte eingetreten, die einen äußerst regen Verlauf nahm. An derselben beteiligten sich auch die als Vertreter der konfessionellen Vereine anwesenden Herren Pastor Thobäus, Pfarrer Münster, Sekretär Wiß vom evang. Jünglingsbund sowie Herr Jürgensen, welcher in Vertretung des Herrn Pastor Fensch-Hilfsburg erschienen war. Sämtliche Redner sprachen sich für ein weiteres Zusammenarbeiten der konfessionellen Vereine mit den christlichen Gewerkschaften aus.

Mit Worten des Dankes an alle Erschienenen und einem beneidelt aufgenommenen Hoch auf die christlich-nationale Arbeiterbewegung schloß um 6 Uhr der Vorsitzende Kollege Hude die harmonisch und lehrreich verlaufene Konferenz. Kollegen von Schleswig-Holstein! Unsere Parole sei: Alle Mann an Bord!

Wozu denn noch Innungstrankenkassen?

Wie uns nun aus zuverlässiger Quelle mitgeteilt wird, legen sich allenthalben, besonders aber im rheinisch-westfälischen Industriegebiet, die Sekretäre der Handwerker-Innungen jetzt für die Gründung von möglichst vielen Innungstrankenkassen ins Zeug. Ebenso betreibt der Betriebskrankenkassen-Verband (Eis Essen) eine lebhaft propagandistische für die Errichtung und Beibehaltung von Betriebskrankenkassen.

Warum tun sie dieses? Die Antwort darauf ist nicht schwer. Zunächst will man die versicherten Arbeitnehmer, als „freie Arbeiter“, auch hier völlig in die Hand bekommen. Die Kontrolle der Arbeiter bei Streiks und Aussperrungen und bei der Arbeitsvermittlung läßt sich dann schnell und lästlos ermöglichen. Ferner ist das möglichst frühzeitige Hintreiben zur Arbeit nach kaum oder auch noch nicht ganz behobener Krankheit viel leichter ermöglicht. Vor allen Dingen aber glauben die Innungen billiger bei der Krankenversicherung durch das Herausziehen des vermögensmäßig jugendlichen Handwerkerelements aus den Ortskrankenkassen davon zu kommen. Ebenso wie die Betriebskrankenkassen wollen sie die sog. guten Risiken für ihre Krankenkassen herausziehen und dadurch Leistungen und Beiträge sparen. Einer der Geschäftsführer der Innungen, Dr. Lübbering-Gelsenkirchen, hat es glatt herausgesagt: „Die Innungstrankenkassen wollen wir an die Innungssekretariate, die ihre Verwaltung übernehmen sollen, anschließen.“ Damit nähme man zunächst finanziell diese oft unglücklichen Sekretariate und brauche zudem nicht für Mädchen, Invaliden und Staatskrüppel die Beiträge zu zahlen.

Welche Folgen hat nun dieses höchst einseitige Vorgehen der Herren Dr. Dalbach, Kückelhaus, Lübbering e tutti quanti außer den schon genannten?

Durch das Abblenden der guten Risiken aus den Ortskrankenkassen, die alles aufnehmen müssen, auch die schlechtesten Risiken, wird deren Leistungsfähigkeit herabgedrückt und die Beiträge werden hochgetrieben. Da nun die Innungs- und Betriebskrankenkassen nicht mehr zu leisten brauchen als die Ortskrankenkassen, so bleiben deren Leistungen ebenfalls niedrig und bei dem ausgefuchsten jugendlichen und kräftigen Element, das diesen Kassen angehört, können sie mit niedrigeren Beiträgen wirtschaften. Die eventuell höheren Verwaltungskosten der Innungstrankenkassen genießen die Handwerksmeister insofern nicht, als ja davon ihr Geschäftsführer des Innungsausschusses mit honoriert wird.

Diesem die Gesamtarbeiterschaft schädigenden Tun können die organisierten Arbeiter nicht tatenlos zusehen. Die Gesellenauschüsse, die vor Errichtung von Innungstrankenkassen gebildet werden müssen, sollten sich ganz energisch und mit guter Begründung gegen diese Zwerggebilde, die keineswegs dem Frieden zwischen Meister und Geselle dienen, wie behauptet wird, wenden.

Sobann müssen die sozial gesinnten Gemeindevertreter und Stadtverordneten dahin beeinflusst werden, daß sie der begünstigenden Ortsbehörde die Unberücksichtigung der Innungstrankenkassen klar machen. Die Arbeitnehmervertreter am Versicherungsamt und am entscheidenden Oberversicherungsamt müssen sich gründlich gegen das unmögliche Bessplittersystem in der Krankenversicherung wenden.

Nach § 252 der R.-V.-O. Absatz 2 sollen sich auch die beteiligten Orts- und Landkrankenkassen gutachtlich über die Errichtung von Innungstrankenkassen gegenüber dem entscheidenden Oberversicherungsamt äußern. Es ist oafür zu sorgen, daß dieses in der richtigen Weise geschieht. Es ist dann ferner darauf hinzuwirken, daß der Garantiefonds, der von den Meistern gezeichnet werden muß, nicht zustande kommt. Es gibt immer noch Meister, die nicht gerne ihr Geld verlieren wollen und auch solche, die sozial einsichtig sind, an diese wende man sich.

Fort mit aller Bessplittierung in der Krankenversicherung, die nicht unbedingt in den Verhältnissen oder territorial begründet ist! Das Prinzip der Solidarität: Einer für alle und alle für einen muß in der Krankenversicherung gewahrt bleiben!

Eine rote Komödie im Bolmetal.

Personen:
Der treue Epigone Genosse Hude.
Der „geistige Krüppel“ Genosse Schimpfdrack.
Führendes rotes Volt aus Lüdenscheid.
Der Herr Spiegel als Genosse Spiegel als Genosse.

Die Anall- und Rosaroten nehmen es der Arbeiterschaft des Bolmetals sehr höflich abel, daß sie sich zur entscheidenden Vertretung ihrer wirtschaftlichen Interessen dem christlichen Metallarbeiterverband angeschlossen hat. Früher hielten die Bolmetal- arbeiter weniger von den röllischen Kumpels. Erst als der christliche Metallarbeiterverband sich entschieden der Interessen der Arbeiter in Schalksmühle annahm, erwachte das „gewerkschaftliche Dorndöckchen“, genannt Hirsch-Dündercher Gewerksverein oder „Berliner Krankenkasse“, und von Lüdenscheid zogen die Metallgenossen ins Bolmetal um auch ihr „Latein“ an den Mann zu bringen. Würden beide, Hirsch-Dünder und Genossen nicht über so „aute“ Taktiker verfallen, vielleicht wäre doch die und da ein Arbeiter auf ihren Leim gekrochen.

Dem H.-D. Bezirksleiter Bongers wollen heute noch die Augen überlaufen, wenn er daran erinnert wird, wie man ihm neulich seine „Christenverfolgung“ verfallen hat. Obgleich nämlich der H.-D. Gewerksverein sich mit dem roten Metallarbeiterverband verbündet hatte, um die Christlichen „niederzutreten“, wurden beide so jämmerlich abgeführt, daß ihnen Hören und Sehen vergangen ist. Genosse Hude-Lüdenscheid konnte nicht einmal seinen Speck am den Mann bringen und brüllte — furchtbare Raue. Hude als treuer Epigone (Nachtreter) Karl Spiegel, war nun etwas schlauer wie Bongers. Was Erwald Hude nämlich nicht fertig bringen kann, daß soll Karl Spiegel besorgen. Da ging auch Bongers ein Tagelicht auf; er folgte dem Beispiel seines Freundes Hude und ließ sich inzwischen einen Berliner Agitator kommen.

Und „Ich“, M. d. R., Redakteur und Bezirksleiter des roten Metallarbeiterverbandes, Genosse Spiegel; kam. „Ich“ sollte am 18. Februar in Schalksmühle die „Verworfenheit“ der christlichen Gewerkschaftsführer nachweisen. Außer ihm kamen noch der 1. und 2. Bevollmächtigte des sozialdemokratischen Metallarbeiterverbandes und fast 3 (drei) „Basillentuschchen“ (so nennt Spiegel die 4. Klasse) voll roter Mannlein und Weiblein von Lüdenscheid. Königliche Freude machte es dem Genossen Spiegel, als er hörte, daß die Christlichen wenigstens nicht erschienen waren. Die Schalksmühler Arbeiterchaft blieb nämlich zu Hause und ließ die roten Komödianten unter sich. Umwieser konnte das „Strafgericht“ beginnen. Es würde zu weit führen, wollten wir auf das Schwafel des Genossen Spiegel eingehen.

Nur einiges sei hier niedriger gehängt: Spiegel hatte die Stirn, obgleich er von der Unwahrheit seiner Angaben überzeugt sein mußte, erneut den christlichen Gewerkschaften Streikbruch vorzureden. Wenden, Stuttgart-Ludwigsburg u. s. w. mußten wieder herhalten um Spiegels Rede auf Kosten der Wahrheit etwas interessant zu machen. Ein großer Teil der roten Frivolinen hatten nämlich Spiegels „Ich-Rede“ schon vor Jahren gehört, da mußte also schon wohl oder übel etwas neue Sauce aufgegossen werden. Was ja schließlich nicht zu beweisen war — und das traf so ziemlich bei allem zu — versuchte Spiegel durch persönliche Anrempelungen zu „beweisen“. Gegner waren ja nicht anwesend, — und da konnte Karl ja ungehört drauflos behaupten und drauflos schimpfen.

Ausgerechnet Karl Spiegel war es denn auch, der in dieser Berammlung von christlichen Gewerkschaftsführern als „geistiger Krüppel“ sprach. Dabei weiß der gute Mann sehr wohl, daß das „geistige Krüppeltum“ nirgendwo stärker vertreten ist, wie in seinen Reihen. Spiegel weiß, daß vor „geistige Krüppel“ (wenn auch ohne ihre Schuld) es sogar bis zum Reichstagsabgeordneten bringen können. Die Selbstbeweihechtung, welche Spiegel dann seinem „Ich“ angedeihen ließ, würde sogar, auf seine Genossen so ähnlich, als ob „et köliche Dünnesche“ Wisse gemacht hätte. „Ich“, Karl Spiegel, 27 Tage, pardon Jaher Rede „Ich“ in der Arbeiterbewegung, „Ich“ meine die Christlichen. „Ich“ wurde zwar von einem „sozialistenfreundlichen“ angehauchten Gerichtshof als unglaubwürdig bezeichnet, aber das schert „mich“ nicht, „ich“ habe eine weiße Weste mit rotem schenkt roten Futter. Den Höhepunkt in der Komödie erreichte Karl, als er ungefähr so anhub: „Haben sie „meine“ Reichstagsrede gelesen? Die meisten Genossen mußten nein sagen, denn die eigene Rede hat ja kaum darüber gesprochen.“ Ja, „ich“ habe eine Rede gehalten, gelb sind die Christlichen geworden ob „meiner“ Rede über die Großisenindustrie. Ja, Abg. Wiesberts kam sogar nach „meiner“ Rede zu „mir“ und gab „mir“ seine Hochachtung zu verstehen. — Die Anallrotten

zen fast vor Mähnung und Ehrfurcht auf den Rücken gefallen als sie dieses hörten. Ja, so bin „ich“.

Nachdem Spiegel noch eine Anleihe bei den S. D. gemacht hatte, um den christlichen Metallarbeiterverband zu bekämpfen, war die Komdbie beendet. Genosse Bubbe gab noch bekannt, daß sein treuer Freund Wilhelm Bongers auch gern gekommen wäre, aber der Hirsch-Dunderscher Gewerksverein habe selbst zwei Versammlungen, sonst würden die es auch den Christlichen noch gesagt haben. Und nun, so hab der „Geschäftsreformer“ an, geht nach Hause blavbert nach, mo3 ihr hier gehört hat. Der Vorhang fiel. Die „Bazillenkutschchen“ ständen bereit und brachten die ermüdeten Genossen wieder nach Adensfeld.

Die Schalksmüller Arbeiterchaft gab die Antwort zwei Tage später. Die „geistigen Kräfte“ waren zum Erscheinen aufgefordert; doch wenn es ehrlich zu kämpfen gilt, wählen die Genossen den besseren Teil der Tapferkeit und Keuseit. Dadurch haben sie bewiesen, daß ihre Waffen unzureichend waren, daß es Mühen und Verleumdungen sind, die sie im Kampfe dem Gegner gegenüber anzuwenden. Die Arbeiterchaft des Wolmetalls hat dadurch erkannt, welche Verworfenheit im roten Lager herrscht. Umso entschiedener wird nun die Parole befolgt: Stärkung des christlichen Metallarbeiterverbandes!

Allgemeine Rundschau.

Kollegen, kauft „Berlepsi-Marken“!

In den Nrn. 4 und 7 unseres Organs haben wir auf die großen Verdienste des Vorsitzenden der Gesellschaft für Soziale Reform, Frhr. von Berlepsch, um die deutsche Sozialpolitik hingewiesen und unsere Mitglieder auf die Sammlung eines Berlepsi-Fonds aufmerksam gemacht. Dieser Fonds soll dazu dienen, dem Werke des Frhr. von Berlepsch, der Gesellschaft für Soziale Reform, auch für die Zukunft die nötige Unabhängigkeit für eine weitere erfolgreiche Betätigung auf sozialpolitischem Gebiete zu sichern.

Die Berlepsi-Marken, die zu 10 Pfg. das Stück verkauft werden sollen, sind inzwischen unseren Verwaltungskassen zugegangen. Ehrenpflicht eines jeden Kollegen ist es, je nach seinem materiellen Verhältnisse eine oder einige Berlepsi-Marken zu kaufen und sie zur dauernden Erinnerung an den verdienten Vorkämpfer der deutschen Sozialpolitik und Freund unserer Bewegung in sein Mitgliedsbuch einzukleben. Keiner unserer Kollegen darf bei dieser Ehrung, die Frhr. von Berlepsch zu seinem demnächstigen 70. Geburtstag zugebracht ist, abseits stehen wollen. Denn es bleibt immer wahr, worauf wir bereits in unserer Nr. 7 hinwiesen: Nur eine Klasse, die verdienstvolle Männer zu ehren weiß, wird auf die Dauer jene Charaktere und Persönlichkeiten finden, die sie zu ihrem Emporkommen bedarf.

Der „exakte“ Hochschulprofessor und die deutsche Sozialpolitik.

Einer der „exakten“ Volkswirtschaftler, der Berliner Hochschulprofessor Dr. L. Bernhard hat jüngst ein Buch über „Unerwünschte Folgen der Sozialpolitik“ erscheinen lassen. Ganz im Sinne der Scharfmacher hat der Herr Professor an der deutschen Sozialpolitik allerhand auszuweisen. Besonders an der Sozialversicherung will Bernhard so viele schwerwiegende Fehler und Mängel entdeckt haben, daß dadurch ihr „Segen überhaupt in Frage gestellt“ wird. Sie verleitet nach Bernhard die Arbeiterchaft zu „Simulation“ und „Rentensucht“, „Rentenhygiene“ und allen möglichen Untugenden.

Diesen ungeheuerlichen und schon ziemlich alten Vorwürfen des „exakten“ Wissenschaftlers gegenüber ist es von Interesse, einmal zu hören wie denn wirklich sachverständige Praktiker sich zu dieser Frage äußern. Der Präsident des Reichsversicherungsamtes, Dr. Kaufmann, hielt bekanntlich auf dem 26. Berufsgenossenschaftstag in Hamburg im vorigen Jahre einen Vortrag über „Licht- und Schattenseiten der Arbeiterversicherung“. Dieser Vortrag ist inzwischen (Berlin 1912, F. Springer) in Broschürenform erschienen. Dr. Kaufmann führt zu diesem Kapitel wörtlich aus:

„Der Behauptung, daß die neue Gesetzgebung zur Entfaltung der deutschen Arbeiter geführt und die Rentenlage bei ihnen großgezogen habe, muß ebenfalls widersprochen werden. Unzweifelhaft hat die Sucht kraftloser und fittlich minderwertiger Naturen, sich auf unläutere Art Vorteile zu verschaffen, bei der Arbeiterversicherung zu manchen Verbrechen geführt. Ihre Einrichtungen durch Simulation und Uebertragung von Krankheiten oder Unfallschäden zu mißbrauchen. Dies ist eine behauerliche, aber keine neue, oder der Arbeiterversicherung eigentümliche Erscheinung. Auch auf anderen Gebieten und bei den wirtschaftlich besser gestellten Ständen ist sie anzutreffen. Bei letzteren, wie die Versicherungsgesellschaften wissen und erfahrene Ärzte bestätigen, keinesfalls feltener, oft aber viel hartnäckiger wie bei den Arbeitern....“

Früher, wo größere Erfahrungen noch fehlten, ist der Umfang der Simulation unter den Rentenbewerbern überhäufig geworden. So wurde, wie Beder in seinem Buche über die Simulation von Krankheiten und ihre Beurteilung ausführt, die Zahl der Simulationen unter den Neurosen (Nervenleidenden) anfangs auf 25 bis 36 vom Hundert angenommen. Die 1901 von Brandt in seinem mysteriösen Werke, über die traumatischen Neurosen berechnete Zahl von 8 vom Hundert wird heute von vielen Ärzten für noch zu hoch erachtet. Immer mehr hat sich das Wort von Rabius bekümmert, daß „die Zahl der Simulationen, welche der Arzt beobachtet haben will, gewöhnlich im umgekehrten Verhältnis zu dem ärztlich-psychologischen Wissen des Beobachters steht“. Einer der erfahrensten Sachverständigen in dieser Frage, Thiem, erklärte 1909: Der hier und da noch auftretende Anstieg, daß die Simulation erst durch die Arbeitergesetzgebung großgezogen oder durch sie in besonders reichem Maße hervorgerufen sei, muß ebenso widersprochen werden, wie der Meinung, die Betrugsversuche kämen unter den Arbeitern besonders häufig vor. Ich habe diese irrigen Anschauungen in Wort und Schrift, wo sich mir Gelegenheit fand, bekämpft und eine Reihe von erfahrenen einschlägigen Forschern steht auf demselben Standpunkt.

Bezüglich der auch in Ländern ohne Sozialversicherung beobachteten Unfallrentosen, vornehmlich der Rentenrentosen und Rentenhygiene, in denen man „eine für unsere Arbeiterchaft gefährliche Seuche“ erkennen will, hat der Leiter der medizinischen Klinik in Bonn, Schulze, auf Grund einer umfangreichen statistisch-ärztlichen Darstellung, daß über Jahr zwanzig in den verfloffenen zehn Jahren erheblich, aber trotzdem in den Verhältnissen zur Gesundheit der Nation unbedeutend ge-

ring“ ist, nämlich durchschnittlich nur 1,3 auf tausend gemeldete Unfälle betragen hat. Dieser Auffassung schloß sich der vom mir befragte Vertrauensarzt der Berliner Sektion der Norddeutschen Eisen- und Stahl-Berufsgenossenschaft, Frank, an.

So spricht der Sachverständige, Präsident des Reichsversicherungsamtes Dr. Kaufmann, ein Mann der Praxis. Mügen daher immerhin die Scharfmacher die Schrift des „exakten“ Berliner Hochschulprofessors als eine ganz besondere Erleuchtung preisen, sie ist und bleibt deshalb doch eine einseitige Tendenzschrift und wird von denkenden Leuten demnach bewertet.

Sozialdemokraten als Arbeitgeber oder „Bs.“ als „Netter in der Not“.

In Nr. 8 des Blattes des sozialdemokratischen Metallarbeiterverbandes erscheint der von uns wiederholt abgewimmelte Spezialkorrespondent „Bs.“ wieder auf dem Platze. Der rote Doktor zerbricht sich da ganz unndtlicher Weise wieder einmal den Kopf bei christlichen Gewerkschaften, angeblich deswegen, daß es noch „Zentrumsheeren“ und „katholische Unternehmer“ gibt, die die christlichen Gewerkschaften bekämpfen. „Wenn die „Christlichen“ nicht so able Gefellen wären“, so meint Bs., „dann könnten sie einem leid tun.“

Na, na, roter Doktor, umgekehrt fährt die Kutsche viel besser! „Man höre nur, was sich jüngst in einer der rötlichsten Gegenden des Reiches zugegetragen hat. In Stuttgart, der roten Schwabenhochburg, gründeten im Jahre 1910 arbeitsschlechte sozialdemokratische Zigarettenarbeiter eine Genossenschaft, um, wie es in der roten Presse bombastisch hieß, „die durch die berüchtigte Wirtschaftspolitik der Ritter und Heiligen mit unheimlicher Wucht auf die Tabakarbeiter niedersinkende Geißel der Not und Entbehrung“ zu mildern. In der sozialdemokratischen Presse wurde große Reklame gemacht. Mit Wirkung vom 1. Januar d. Jz. ab hatte der sozialdemokratische Tabakarbeiterverband einen Tarifvertrag erneuert, der eine Lohnerhöhung von 10 Pfg. auf das Tausend und der Wochenlöhne von 1,00—3,50 Mt. vorsah. Außerdem sollten achtstündige Ferien und eine Verkürzung der Arbeitszeit von 9 auf 8 Stunden (Samstags auf 5 1/2 Stunden) eintreten. Also nach sozialdemokratischen Begriffen keine maßlosen oder undurchführbaren Forderungen. Nun teilt das Organ des sozialdemokratischen Tabakarbeiterverbandes in seiner Nr. 6 mit, daß der Tarif nicht zustande gekommen sei, weil der sozialdemokratische Aufsichtsrat sich weigerte, den Vertrag zu genehmigen!

Zu bemerken ist, daß diese rote Genossenschaft nach den Berichten der sozialdemokratischen Presse an 174 sozialistische Vereine liefert, mit der Großenkaufszentrale in Geschäftsverbindung steht, Mitglied des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine ist und daß das Stuttgarter „freie“ Gewerkschaftsblatt neben einigen sonstigen sozialdemokratischen Vereinigungen an dem Betrieb beteiligt ist, so daß also auch der Aufsichtsrat aus wackelhaften „Genossen“ besteht. Mit dem schlechten Stand des Unternehmens läßt sich der Vorgang nicht verteidigen, denn die Fabrik hat sich in den letzten zwei Jahren so entwickelt, daß Mitte Mai 1912 schon 55 Arbeiter gegen 2 bei der Gründung 1910 beschäftigt wurden.

Auch in Hohenheim i. Baden klagen die Arbeiter der von der Großenkaufszentrale unterhaltenen Zigarettenfabrik über geringes Entgelt gegenüber den gestellten Forderungen. Diese Filiale wurde seinerzeit von Hanau nach Hohenheim verlegt, weil die Hanauer eine Lohnerhöhung verlangt hatten. Für ihre Bereitwilligkeit, billiger, wie die Hanauer Tabakarbeiter zu arbeiten, werden jetzt die Hohenheimer von der roten Betriebsleitung gezwiebelt. Sie mögen nur nicht zu stark aufmucken; sonst wird ihnen schließlich die Fabrik auch wieder weggenommen und nach einem Orte mit billigeren Arbeitslöhnen verlegt.

Auch in anderen sozialdemokratischen Betrieben, wo wackelnde Genossen als Arbeitgeber und Betriebsleiter fungieren, soll man mit dem „Genossen Arbeiter“ nicht gerade brüderlich umspringen. In der Seifenfabrik Nieja haben die „Genossen Arbeiter“ sich aus angeblichen Konkurrenzgründen mit „Hungerlöhnen“ zufrieden zu geben, in der Dffizin der „Eisener Arbeiterzeitung“ hat der „Genosse Buchdrucker“ sogar den Genossen draufsen zu lassen, und erst im „kapitalistischen Geschäftsbetriebe“ des „Bismarcks“ — na ja, Reghäuser plant ja nichts mehr aus!

Wie wäre es also, verehrter Spezialkorrespondent und Doktor Bs., wenn Sie sich dieser Genossen Arbeiter annähmen, die von den mit echt kapitalistisch-scharfmacherischen Allüren behafteten Obergewossen so ganz unbrüderlich gezwiebelt werden? Denn, mag ein Teil dieser Leute sich auch aus lauter Begeisterung für das rote Zukunftsideal von den roten Obergewossen wie die Schafe jähren lassen, „leid tun sie einem doch.“

Terrorismus ohne Ende.

Auf der Hamburger Schiffsverft von Blohm u. Voß wurde ein christlich organisierter Modellkünstler von etwa 60 sozialdemokratischen Mitarbeitern nach berechtigtem Muster terrorisiert, weil er den Ueberritt zum sozialdemokratischen Verband verweigerte. Der christliche Arbeiter wurde schließlich regelrecht boykottiert. Als nun ein sozialdemokratischer Betriebsrat erlassen wurde, weil er sich entgegen dem Befehl der Betriebsleitung beharrlich weigerte, mit dem christlichen Arbeiter zusammen zu arbeiten, da konnte die Wut der roten Terroristen keine Grenzen mehr. Sie nahmen, kaum merklich abends nach Schluß der Arbeit, eine bedrohliche Haltung an, sodaß die Betriebsleitung sich veranlaßt sah, den christlichen Arbeiter wie einen ebenalls dort beschäftigten Hirsch-Dunderschen Gewerksvereiner beim Verlassen der Arbeitsstelle durch die Feuerwehre zu beschützen. Nun wurde auch Anzeige gegen die Terroristen erstattet mit dem Erfolg, daß drei Anführer der „Genossen“ — Gäßinger, Eberhardt und Conrad — am 28. Januar d. Jz. zu je 50 Mark Geldstrafe oder 10 Tagen Haft verurteilt wurden. Für die Gummimittel schuldigenden Terroristen jedenfalls eine verhältnismäßig milde Strafe.

Zu bemerken aber ist, daß das sozialdemokratische Hamburger Parteiorgan die Gewaltthaten seiner Anhänger nicht etwa verurteilt, sondern im Gegenteil die Terroristen rein zu waschen und den christlichen Arbeiter als Provokateur und Denunzianten zu verdächtigen sucht. Dadurch wird den gewalttätigen Genossen in ihrem brutalen terroristischen Treiben der Rücken gestärkt und Mut für weitere traurige Selbstentateit eingegeben. Es ist wirklich an der Zeit, daß unsere Kollegen durch eifrige Arbeit allerorts die Reihen unserer christlichen Gewerkschaften zu stärken suchen. Nur dadurch kann den branden-

Gefinnungsfruchtungsversuchen der Genossen wirksam ein Paroli geboten werden.

Friedensschluß in Revelaer.

Der Organisationskampf in der Revelaerer Gebetbuchindustrie ist auf Grund einer Vereinbarung zwischen den Arbeitgeber und der Arbeiterorganisation beigelegt. Durch Vermittlung von Unparteiischen waren Verhandlungen angebahnt und endlich zustande gekommen, die am 20. Februar zu einer Einigung geführt haben. Das Resultat der Verhandlungen wurde schriftlich festgelegt.

Die Gewerkschaften erkennen an, daß die Unternehmer nach ihrem Ermessen Arbeiter einstellen und kündigen können, insoweit sich diese Maßnahmen nicht grundsätzlich gegen die gewerkschaftliche Organisation richten. Jede Agitation für oder gegen die Gewerkschaft im Betriebe ist unstatthaft.

Die Fabrikanten erklären, daß ihnen eine Absehnung der Organisation als solcher ferngelegen hat und erkennen die Gewerkschaften an. Die Lohnfrage müsse jetzt ausbleiben, weil sie insolge des wirtschaftlichen Kampfes nicht in der Lage seien, die Löhne zu steigern. Die Fabrikanten sind in dessen grundsätzlich bereit, innerhalb etwa eines Jahres, aber nicht vor Ablauf eines halben Jahres einen Tarif mit der Gewerkschaft abzuschließen, der die technischen und wirtschaftlichen Besonderheiten der Revelaerer Buchbinderei entsprechend berücksichtigt; dabei wird ein Ausgleich der Löhne und noch Lage des Gewerbes und der Konjunktur eine entsprechende Erhöhung eintreten. Der Arbeiterauschuß des einzelnen Betriebes ist für die Behandlung der Spezialitäten des Betriebes in diesem Betribe die zunächst zuständige Instanz.

Jeder Betrieb erhält vor dem ersten Juli d. Jz. einen Arbeiterauschuß, der in freier Wahl der arbeitsfähigen Arbeiter gewählt wird. Wählbar sind nur Arbeiter, die außerdem wenigstens zwei Jahre im Betrieb beschäftigt sind. Diese Bestimmungen hinsichtlich der Wählbarkeit gelten nur für die Betriebe, in denen zur Zeit der Wahl die genügende Auswahl von Arbeitern vorhanden ist. Die Einstellung der im Auslande befindlichen Arbeiter und Arbeiterinnen erfolgt zum größten Teil am Montag, den 24. d. Mts.; der übrigen Arbeiter in acht bis vierzehn Tagen.

Zu diesen Abmachungen wurden noch Erläuterungen protokolllarisch festgelegt, die sich auf die Einstellung der Arbeiter, auf Bezahlung der Ueberarbeit und auf das Organisationsverhältnis in den Betrieben beziehen. Die Arbeiter und Arbeiterinnen können mit dem Ausgang der Bewegung zufrieden sein, sie haben einen bemerkenswerten Erfolg erzielt. Das Koalitionsrecht, um das sich dieser Kampf in der Hauptsache gedreht hat, ist nicht nur freigegeben, sondern praktisch anerkannt; und zwar durch die Bestimmung, daß in längstens Jahresfrist ein Tarifvertrag abgeschlossen sein muß. Neben dem prinzipiellen ist das ein bedeutamer materielles Erfolg.

Selbstverständlich sind nunmehr alle Maßnahmen, die von der christlichen Arbeiterchaft zur Unterstützung des Graphischen Zentralverbandes in die Wege geleitet wurden, und die in ihrer Wirkung den Absatz der Revelaerer Fabrikate hemmen konnten, sofort rückgängig zu machen. Das liegt nicht nur im Interesse des Unternehmers, sondern auch der beteiligten Arbeiter und Arbeiterinnen.

„... malt sich in diesem Kopf die Welt.“

Ein lapitäres Stückchen Hirsch-Dunderscher „Logi“ leistet sich der Regulator wieder in seiner letzten Nummer. Zuerst versucht er da an Hand eines verleumderischen Artikels der mit „Eig Berlin“ durch die und dann marschierenden „Saarbrücker Volkszeitung“ die christlichen Gewerkschaften „als Schädiger der Religion“ zu verdächtigen. Als ob mit den Anwürfen sich Berlins und seiner Literaten gegen die christlichen Gewerkschaften die offenen Beschimpfungen des Christentums und seiner Diener in offiziellen Hirsch-Dunderschen Organen aus der Welt geschafft werden könnten!

In einer weiteren Notiz, betitelt „die Agitatoren der christlichen Gewerkschaften“ schlägt der Regulator dann seiner Behauptung, die Christlichen seien „Schädiger der Religion“, wieder ins Gesicht. Er berichtet da, daß nach Aussage des Generalsekretärs des Dörfenverbandes Baderborn der katholischen Arbeitervereine, Pfarrer Sudmann-Nöblinghausen, allein der Bezirksverband Hagen den christlichen Gewerkschaften 1000 Mitglieder zugeführt habe.

Na also Regulator, merkst du was? Wenn die christlichen Gewerkschaften wirklich „Schädiger der Religion“ wären, wie du in deinem erlanggezogenen Artikel behauptet hast, dann hätte sich der Bezirksverband der katholischen Arbeitervereine doch wohl schwer gehütet, 1000 katholische Arbeiter den „Christlichen“ zuzuführen. Freilich, mit so klaren und einfachen Schlussfolgerungen kann man anscheinend im Hirsch-Dunderschen Lager nichts anfangen.

Streiks und Lohnbewegungen.

Zur Beachtung. Bei allen Lohnbewegungen ist jede Woche vor Redaktionsschluß ein Bericht, wenn auch nur per Postkarte, über den Stand der Bewegung einzuschicken, andernfalls fällt die Warnung vor dem Ruhezustand.

Menden. Bei der Firma Schmöle & Co. stehen unsere Kollegen im Streik. Sämtliche organisierten Metallarbeiter in den dem Arbeitgeberverband Menden angeschlossenen Betrieben sind ausgesperrt. Jeder Zugang nach dem Mendenener Industriegebiet ist strengstens fernzuhalten.

Dortmund-Schwerte. Die Abteilung Drahtzug der Eisenindustrie ist zwecks Besetzung von Mißständen gesperrt.

Düsseldorf. Ueber die Gießerei der Firma Schieß wurde wegen Akkorddifferenzen die Sperre verhängt.

Serne. Die Firma Helen hat mit Ausnahme von einigen älteren Leuten sämtliche Former und Gießereiarbeiter entlassen. Zugang ist streng fernzuhalten.

Dortmund. Ueber die Stahlgießerei der Dortmunder Union wurde die Sperre verhängt.

Dortmund-Witten. Die Arbeiter des Gußstahlwerks in Witten (Abteilung Drahtwerk) haben zwecks Abwehr eines 10- bis 25prozentigen Akkordabzuges die Kündigung eingereicht.

Solingen. Bei der Firma Rautenbach stehen die Former im Streik. Zugang ist fernzuhalten.

Bekanntmachung des Vorstandes.

Da die Beiträge immer für die kommende Woche im voraus zahlbar sind, so ist für Sonntag den 2. März der zehnte Wochenbeitrag für die Zeit vom 2. bis 8. März 1913 fällig.

Die Verwaltungsstelle Delmenhorst i. O. erhält die Genehmigung zur Erhebung eines Lokalbeitrages von 10 Pfg. pro Woche. Die Nichtbezahlung dieses Beitrages hat den Verlust statutarischer Rechte zur Folge.

Aus dem Verbandsgebiet.

Kaasen-Ortsverwaltung. Am 9. Februar fand in Eilenhof im Lokale Heitiger unsere Jahresgeneralversammlung statt. Gleichzeitig wurde auch der Quartalsbericht vom 4. Quartal erstattet. Die Geschäftsleitung hatte keine Berichte vervielfältigt. Dem Jahresbericht, der vom Vorstehenden Kollegen Walbes erläutert wurde, ist folgendes zu entnehmen:

Das Jahr 1912 war für die Ortsverwaltung ein recht bewegtes. Der Bericht schildert den Kampf, der aus Anlaß des Ausstandes der Bergarbeiter im Ruhrrevier entsand. Dieser Kampf sei aus politischen Motiven entzündet worden. Derartige Kämpfe müsse die christliche Gewerkschaftsbewegung ablehnen. Weiter geht der Bericht auf den Generalkampfstreit ein. Dem Kesseltreiben der Gegner seien die christlichen Gewerkschaften gewachsen. Dieses sei dadurch bewiesen, daß die christlichen Gewerkschaften in der Gesamtheit nicht geschwächt worden seien. Auch die Ortsverwaltung könne trotz der Schwierigkeiten noch einen kleinen Fortschritt verzeichnen. Der Mitgliederzuwachs betrage 72. Der Bericht gibt im einzelnen eine Tabelle über die Aufnahmen in den einzelnen Sektionen der Ortsverwaltung und spricht die Erwartung aus, daß in einigen Sektionen der Gewinnung neuer Mitglieder mehr Aufmerksamkeit geschenkt werden müsse. Die Ortsgruppen Stolberg, Schweitzer, Wilsbach, Breinig, Gressentich, Moche und Zweifall wurden von der Ortsverwaltung abgetrennt und in der Ortsverwaltung Stolberg vereinigt. Die Ortsgruppe Eilenhof ist im 4. Quartal der Ortsverwaltung beigetreten. Im Regierungsbezirk Kaasen stehen im Kreise Dören noch 3 Ortsgruppen und die Ortsgruppe Cuxen den Ortsverwaltungen fern.

Die Gesamteinnahmen für die Zentrale betragen 80 238,25 Mark, die Ausgaben 34 176,60 Mark. Der Bericht beklagt den geringen Ueberschuß für die Zentrale, weil die Zentrale von diesem Ueberschuß das Verbandsorgan und andere allgemeine Ausgaben bestreiten müsse. Die Ausgaben bewiesen, daß die durch die Verbandsgeneralversammlung vorgenommene Beitragserhöhung notwendig war. Eine Uebersicht zeigt, wie die einzelnen Berufs- und Arbeiterunterstützung beteiligt sind. Es betragen die Unterstützungen pro Kopf für die Arbeiter bei Krankheit 5,69 Mk., bei Arbeitslosigkeit 7,40 Mk.; Schlosser, Mechaniker und Monteur bei Krankheit 4,05 Mk., bei Arbeitslosigkeit 0,75 Mk.; Schmiede und Zugschläger 2,02, 0,75; Sittlerarbeiter 19,47, 3,45; Hilfsarbeiter 9,65, 2,23; Heizer und Wäscherinnen 7,46, 1,34; Dreher 3,66, 0,34; Formier 5,34, 0,98; chemische Arbeiter 12,83, 0,33; Klempner und Installateure 4,06, 0,69; Kesselschmiede 6,93, —; Bauarbeiter 2,33, —; sonstige Metallarbeiter 1,04, 0,61. Die gesamten Unterstützungen bei Krankheit betragen 12 380,07 Mk., bei Arbeitslosigkeit 6289,86 Mk. Auffallend ist die hohe Unterstützung bei Arbeitslosigkeit der Raoler. Die Gesamtunterstützung beträgt 4380,10 Mark. Infolge der schlechten Geschäftslage wurden in der Nadelindustrie verschiedentlich Abzüge vorgenommen. Wo das Organisationsverhältnis ein gutes war, wurden diese Abzüge zurückgewiesen.

Bei der Nadelfabrik Brause u. Co. wurde in der Nadelabteilung versucht, einen Abzug von 20 Prozent vorzunehmen. Die Fraiserie und Glaspapierfabrik sollte einen Abzug von 10 Prozent erhalten. Als die Arbeiter und Arbeiterinnen sich zur Wehr setzten, wurde von dem Abzug Abstand genommen. Die Nadelfabrik Rumpke versuchte in der Nähmaschinenabteilung einen Abzug von 15 Prozent, als die Arbeiter dieses ablehnten, erfolgte die Entlassung. Nach 15 Wochen erklärte die Firma, die früheren Preise weiter zahlen zu wollen. Weiter versuchte die Firma Rumpke, den Arbeitern auf den neu eingeführten Bohringischen Nadelmaschinen einen Abzug zu machen, indem die Arbeiter die Arbeit im Afford ausführen sollten. Der Preis war aber nicht annehmbar und die Arbeiter traten in den Ausstand. Nach 14 Tagen wurde eine Einigung erzielt und wurden die Preise schriftlich festgelegt. Trotz der schlechten Geschäftslage haben also die Raoler in den hier genannten Betrieben einen Abzug abgewehrt. Hierdurch haben die Raoler nicht nur für sich, sondern für die gesamte Nadelindustrie Großes geleistet. Auch wurde einer ehit. Schmutzkonzurrenz in der Nadelindustrie ein Riegel vorgehoben.

Die Formier und Siebereitarbeiter traten in eine Lohnbewegung. Besonders handelte es sich um Aufbesserung der Hilfsarbeiterlöhne. Der Streik dauerte zehn Wochen. Die Betriebe wurden von Streikbrecherkolonnen besetzt. Der Kampf wurde, nachdem die Arbeitgeber die Forderung gaben, keine Maßregelungen vorzunehmen und die Löhne der Hilfsarbeiter aufzubessern, abgebrochen.

Die Bauarbeiter schlossen mit der Freien Vereinigung Nachener Schlossermeister und einigen anderen Meistern, die der Vereinigung nicht angehörten, einen Tarif ab, der wesentliche Verbesserungen brachte.

Bei der Firma Hannes und Engels wurde eine Lohnerhöhung von durchschnittlich 10 Prozent erreicht. Die Arbeiter gehörten zum größten Teil unserem Verbandsgebiet an.

Die Firma „Jasur“ entließ plötzlich ohne triftigen Grund den Obmann des Arbeiterausschusses. Die Arbeiterchaft stimmte mit großer Majorität dafür, sich mit dem Entlassenen solidarisch zu erklären. Von den in Frage kommenden Arbeitern waren aber ein Drittel nicht organisiert. Die Organisation präste, ob ein Kampf Aussicht auf Erfolg habe und welche Abteilungen eventuell für einen Kampf in Betracht kommen könnten. Das gezielte einigen Radikalinstk nicht und man blieb der entscheidenden Versammlung fern. Nachher schimpften dann diese Radikalinstk Unorganisierte und Hirtch-Dundersche über den christlichen Metallarbeiterverband. Der muß es aber ablehnen, sich von Unorganisierten sein Verhalten vorschreiben zu lassen. Wie der Radikalismus der Hirtch-Dunderschen zu bewerten ist, hat sich ja bei dem Kampf bei Brym-Stolberg gezeigt.

Recht traurige Zustände herrschen auf dem Hüttenwerk Nothe Erde. Seit der Einführung der Gelben wird eine Verdrängung nach der andern eingeführt. So wurde Anfang des Jahres für die Sonntagsarbeit ein Abzug gemacht, indem man dieselbe nur noch bis 2 Uhr mittags doppelt bezahlt. Früher bezahlte man die Weichmachtsnacht durch. In diesem Jahre wurden die zwei Stunden, die man eher Schlaf machte, nicht mehr bezahlt. Früher konnten die Arbeiter an geschlossenen und

kirchlichen Feiertagen eine Stunde später anfangen. Auch dieses hat man beseitigt. Seit einiger Zeit wird auch Sonntagsnachts der Betrieb voll aufgenommen. Unzufriedenheit herrscht wegen diesen Zuständen genug. Man muß aber die Frage stellen: Wann werden die Hüttenarbeiter das gelbe Joch abschütteln? Der Bericht hebt zum Schluß hervor, daß durch Flugblätter und Versammlungen Aufklärung über die Gelben geschaffen worden sei. Heute dürfte jeder Arbeiter wissen, was die Gelben wollen. Wo noch Gelbe seien, wären es Zwangsmitglieder.

Um die Agitation zu beleben und die Angriffe der Gegner abzuwehren, mußten diese Versammlungen abgehalten werden. Es fanden im ganzen 636 Versammlungen statt. Außerdem wurden 95 000 Flugblätter und Zirkulare ausgegeben. Die Korrespondenz war eine große. Es gingen ein: 449 Briefe und Postkarten, Drucksachen 196. Es gingen aus: Briefe und Postkarten 690, Drucksachen 1695. Schriftsätze in Rechtschutzangelegenheiten wurden 445 angefertigt.

An den Bericht schloß sich eine lebhaft Diskussion. Dem Vorstand wurde allseitige Anerkennung für die Arbeit und den Jahresbericht gezollt. Mit Dankworten an die Mitglieder, sowie den Vorstand und ganz besonders an die Vertrauensmänner schloß der Vorsitzende die Generalversammlung, die Erwartung ausprechend, daß alle Kollegen im laufenden Jahre entschieden auf dem Posten seien. Auch im Jahre 1913 müsse die Parole lauten: Vorwärts auf der ganzen Linie!

Röln a. Rhein. Am 9. Februar hielt die Verwaltungsstelle ihre Generalversammlung ab. Der große Saal des Coloniahauses war voll besetzt. Aus allen Sektionen waren die Kollegen herbei geeilt, um zu zeigen, daß sie den Veranstaltungen des Verbandes reges Interesse entgegen bringen. Aus dem vom Kollegen Bukmann erstatteten Jahresbericht ist zu entnehmen, daß wir auch im Jahre 1912 um ein bedeutendes unsere Reihen gestärkt haben. Die Mitgliederzahl stieg von 2886 auf 3461 am Jahres-schluß; dies ist ein Mehr von 775 Kollegen. In Anbetracht der Kämpfe gegen die christlichen Gewerkschaften können wir mit dem Resultat nicht nur zufrieden sein, sondern es muß uns zu unermüdlicher Weiterarbeit anspornen.

Bewegungen wurden im Jahre 1912 außer der allgemeinen Bewegung zur Verkürzung der Arbeitszeit 11 geführt und zwar bei den Firmen Schuster u. Co., Hürigen, Wönnig u. Co., Kesselt, Humboldt, Thelen u. Koblenströgen, Stahlwerk Gebr. van der Hyden, Gasmotorenfabrik A.-G. vorn. Schmitz, L. Hopmann. Alle diese Bewegungen mit einer Ausnahme endeten mit einem Erfolg für die Arbeiter. Das größte Interesse nahm wohl die allgemeine Bewegung zur Verkürzung der Arbeitszeit in Anspruch. Aus diesem Grunde soll auch etwas näher darauf eingegangen werden.

Schon am 21. April beschloß sich eine Vorstände- und Vertrauensmännerkonferenz unserer Verwaltungsstelle mit dieser Frage. Nach einem einleitenden Vortrag des Kollegen Schmitz stimmten die Kollegen dem Vorschlag zu, in die Vorbereitung für eine diesbezügliche Bewegung einzutreten. Die darauf folgende Generalversammlung stimmte ebenfalls dem Vorschlag zu. Es sollte gefordert werden die 57stündige Arbeitszeit, Ueberstundenzuschläge und Regelung der Löhnungsperiode. Wir können heute am Schluß der Bewegung konstatieren, daß diese Forderungen durchgeführt sind. Im ganzen ist die Bewegung in 70 Betrieben mit rund 18 300 Arbeitern abgeschlossen. In 19 Betrieben wird 68 Stunden gearbeitet. Dann kommen noch 27 Firmen mit einer Arbeitszeit von 57 Stunden.

Die Arbeitszeitverkürzung beträgt nach den uns gemachten Angaben 36 800 Stunden pro Woche. Bei der Bewegung war unser Verband an 8 Streiks beteiligt, 106 Kollegen haben 25 Tage gestreikt. Außer diesen Bewegungen kam es noch zu zwei Tarifabschlüssen. Ein Tarif wurde in der Bananenschlägerbranche und einer bei der Firma Bayartz abgeschlossen.

Die Versammlungstätigkeit war eine starke. Es wurden im ganzen 77 öffentliche, 385 Mitglieder-, 620 Werkstattversammlungen und 349 Vorstands- und Vertrauensmänner-sitzungen abgehalten. Die Beamten hielten Versammlungen und Sitzungen ab, Kaiser 339, Billekens 461, Bukmann 441, im ganzen 1241. An Briefen und Karten gingen 2967 und Drucksachen 18 235 aus. Es wurden 385 500 Flugblätter verteilt, hinzu kommen noch etwa 100 000 Einladungen und Zirkulare, die auf dem Büro angefertigt wurden.

Auch aus dem Kassenbericht des Kollegen Kaiser war der Fortschritt der Verwaltungsstelle ersichtlich. Die Gesamteinnahmen betragen 98 577,85 Mark. Dies machte gegenüber dem Vorjahr ein Mehr von 23 226,31 Mk. Vorausgab an Unterstützungen wurden bei Krankheit 10 765,24 Mk., bei Arbeitslosigkeit 1039,75 Mk., bei Streiks 2791,67 Mk. Der Lokal-kassenbestand der Verwaltungsstelle beträgt 8548,78 Mk. — Ein-stimmig wurde bei der Verwaltung nach eingehender Diskussion Entlastung erteilt. Hierauf nahm der Kollege Scherer-Offenbach das Wort, zu seinem Vortrage „Die Gegner im Kampf gegen den christlichen Metallarbeiterverband“. Redner schilderte die Kämpfe unseres Verbandes vom Anfang seines Bestehens. Die Gegner, besonders die Sozialdemokraten, seien niemals sehr wohlwollend in der Anwendung der Mittel im Kampf gegen unsere Organisation gewesen. Das jetzige Treiben wie es sich in Stuttgart und Hilden bei Affelborn zeige, übertraue alles bis jetzt dagewesene. Diesem Treiben der roten Fanatiker können wir nur Einsicht gebieten, durch einen starken christlichen Metallarbeiterverband. Deshalb muß es unsere Aufgabe sein, unabhängig für unsere Organisation zu agitieren.

A.-G.m. Unsere Jahres-Generalversammlung fand am 9. Februar im großen Saale des Gesellschaftshauses statt. Die Mitglieder mit ihren Frauen waren ziemlich zahlreich erschienen, um die Ergebnisse der gewerkschaftlichen Tätigkeit im verfloßenen Jahre entgegen zu nehmen. Nach kurzen Begrüßungs-worten erstattete Kollege Hegemann den Jahresbericht.

Das deutsche Wirtschaftsleben stand im Jahre 1912 im Zeichen der Hochkonjunktur. Besonders unsere Metallindustrie war mit lobnenden Aufträgen durchweg gut versehen. Für die Hehmer Lampen und Metallwaren-Industrie war es indessen nicht so. Im letzten Halbjahr machten sich Arbeitseinschränkungen und Feierschichten recht unangenehm bemerkbar. Dazu kam noch der Eingang einzelner Firmen, respektive: die Verlegung des Betriebes nach außerhalb. Den übrigen heiligen Firmen war es nicht möglich, die beschäftigungslosen Arbeitskräfte alle aufzunehmen. 81 Kollegen reisten von Heheim ab, trotzdem war immer noch ein ziemlich erhebliches Ueberangebot von Arbeitskräften vorhanden.

In Anbetracht dieser Verhältnisse können wir mit unserer Entwicklung zufrieden sein. An Neuaufnahmen waren 489 zu verzeichnen, die Mitgliederzahl stieg von 1025 auf 1123. Die Hausagitation, die seit zwei Jahren fast regelmäßig pro Quartal abgehalten wurde, hatte immer einen erfreulichen Mitgliederzuwachs zur Folge. Bei der letzten im November abgehaltenen Hausagitation konnten 56 Neuaufnahmen in Heheim erzielt werden. Die Vereinigung der Kollegen an dieser schönen Werksarbeit hat in letzter Zeit in erfreulicher Weise zu

genommen. Den wackeren Agitatoren sei auch an dieser Stelle der Dank für ihre eifrige Mitwirkung ausgesprochen. Entsprechend den Mitgliederzahlen steigerten sich auch die Kassenverhältnisse. Die Einnahme für die Hauptkasse betrug 26 908,22 Mk., die Ausgabe 7287,28 Mk. Mit hin konnten 18 635,94 Mk. an die Zentrale überwiesen werden. An Unterstützungen wurden insgesamt 4569,88 Mk. an die Mitglieder ausgezahlt. Der Kassenbestand der Lokalkasse stieg auf 1666,27 Mk.

Stimmlich umfangreich gestaltete sich das Versammlungs-wesen: Es fanden statt: 17 öffentliche, 103 Mitglieder-, 155 Werkstatt-Versammlungen und 43 Vorstands- und Vertrauens-männer-sitzungen. Durch drei Unterrichtskurse, darunter ein stude ntischer Arbeiterkursus, war den Mitgliedern Gelegenheit zur weiteren Ausbildung und Belehrung geboten.

Die gütigen Gestaltung der Lohn- und Arbeitsbedingun-gen wurden 9 Bewegungen geführt, die mit einer Ausnahme einen trieblichen Verlauf nahmen. Soweit Lohnfragen hierbei in Betracht kamen, wurde für 192 Mitglieder ein Mehrlohn von 13 316,80 Mk. pro Jahr erreicht.

In der anschließenden Diskussion zum Jahresbericht wurde von einzelnen Kollegen auf die Agitation, das Versammlungs- und Kassenwesen noch näher eingegangen und manche wertvolle Fingerspitze gegeben. Unser Bezirksleiter Kollege Dittler lief hierauf in einem längeren Vortrage das Jahr 1912 unter Hin-weis auf unsere christlichen Gewerkschaftsbewegung Revue pas sieren und bezeichnete es als ein bedeutungsvolles Kampfsjahr, besonders nach der preiswürdigen Seite. Die sozialdemokratische Dehe nach dem verunglückten Teilstreit der Ruhrbergleute, wie auch die verleumderischen Machinationen der Berliner Fach-abteiler haben es jedoch nicht vermocht, die christlich organisierten Arbeiter in ihrer Ueberzeugung und ihrer traditionellen Treue zu den christlichen Gewerkschaften wankend zu machen. Der öffentliche Eindruck unserer Dortmunder Generalversammlung und die finanzielle Stärkung unseres Verbandes durch die dort selbst vorgenommene Beitragserhöhung wurden seitens des Red-ners eingehend erörtert. Zum Schluß beleuchtete er noch das arbeiterverdräckerische Treiben der Sozialdemokratie aus Anlaß der Ausperrung christlicher Arbeiter in Minden und forderte in begeisternden Worten die Kollegen auf, an der weiteren Stärkung unseres christlichen Metallarbeiterverbandes tatkräftig mitzuarbeiten.

Nach Erledigung der Vorstandswahlen und einigen Bemerkungen über die an einem der nächsten Sonntage vorzunehmende Hausagitation wurde die schön verlaufene Generalversammlung mit einem kräftigen Hoch auf unsern christlichen Metallarbeiter-verband geschlossen.

An unsere Kollegen liegt es nun, das bisher Erreichte zu behaupten und zu ergänzen. Unsere heutige Zeit erfordert ganze Männer, und erst recht im Gewerkschaftsleben ist die Mitarbeit eines jeden Kollegen unbedingt erforderlich. Im vergangenen Jahre haben wir gesehen, daß es möglich ist, auch unter schwierigen Verhältnissen unsere Sache mit Erfolg weiter zu bringen. Wer wollte da, wo wir doch wieder einer günstigen Zeit entgegen gehen, die Hände in den Schoß legen und andere für sich mitarbeiten lassen? Darum trete jeder ein in Reih und Glied. Bei der nächsten Hausagitation bedürfen wir der Mitwirkung sämtlicher Kollegen. Deshalb, alle Mann zur Stelle! Auf, zu neuer Arbeit! Auf, zu neuen Erfolgen!

Wannheim. Am 8. Februar fand unsere diesjährige Generalversammlung statt. Sie stand unter dem Zeichen des Fortschritts und der wachsenden Begeisterung der Kollegen für die Sache des christlichen Metallarbeiterverbandes. Konnte der Vorstand doch durch den Bericht des Kollegen Thelen einen Zuwachs von 150 Mitgliedern für das Jahr 1912 feststellen. Besonders auch die Jugendlichen hatten einen entsprechenden Anteil an diesem Fortschritt. Neu aufgenommen wurden 310 Mitglieder und aus anderen Verbänden übergetreten sind 30. Die Jugendklasse erwies sich immer mehr als ein unerschöpflicher Jungbrunnen zur Stärkung unseres Verbandes. Nicht minder war die fortgesetzt betriebene Hausagitation ein unvergleichliches Mittel zur inneren und äußeren Erleuchtung. (Es wurde hierüber im Verbandsorgan schon im einzelnen berichtet. D. Verk.) Wäre der Ueberwanderungsstrom nicht größer wie der der Zuwanderer, die Zunahme wäre noch bedeutend größer.

Die Beitragsleistung steigerte sich um 4634 Mark mit einer Gesamtzahl von 22 875 Beiträgen. Die Durchschnittsbeitrags-leistung hat sich auch gehoben, wenn sie auch noch nicht voll-ständig befriedigend kann. Die Gesamteinnahmen betragen für die Hauptkasse 12 142,45 Mk. An Unterstützungen aus der Hauptkasse wurden ausgezahlt: 442,— Mk. Reis- und Un-zugunterstützung, 1289,12 Mk. Krankenunterstützung, 839,69 Mark Streikunterstützung, 527,98 Mk. Arbeitslosenunterstützung und 202,63 Mk. Rechtschutz; aus der Lokalkasse 1837,75 Mk. Streikunterstützung und 332,20 Mk. Erwerbslosenunterstützung bei Krankheit, Arbeitslosigkeit und an auf der Reise befindliche Kollegen. Diese Tatsache weist erneut darauf hin, wie sehr jene Metallarbeiter auf dem falschen Wege sind, die da meinen, mit niedrigen Beiträgen a la S.-D. Gewerksverein oder sonstiger unglücklicher „billiger“ Organisationen sei genau so viel anzufangen. Besonders bei Kämpfen zeigt es sich immer mehr, daß der Dyrer-nat der einflussigen Kollegen durch die Leistungsfähigkeit ihres Verbandes gegenüber andern Konkurrenzorganisationen über-reichlich vergolten wird. Nur kurzfristige Metallarbeiter können an dieser Tatsache achtlos vorbeigehen. Es ist daher zu erwarten, daß mit Hilfe der eifrigen Mitarbeiter der Vertrauensleute sich diese Erkenntnis in den Kreisen der christlich-nationalen Arbeiterschaft Mannheims in Zukunft noch mehr Bahn bricht.

Der Versammlungsbesuch hat sich in letzter Zeit auch ge-bessert. Allerdings kann er immer noch in keiner Weise be-friedigen. Je besser er wird, je enger die dadurch entstehende bessere Fühlungnahme der Mitglieder mit der Verwaltung, umso mehr sind wir des Fortschrittes im laufenden Jahr wiederum sicher. Wie die Generalversammlung, so mußten auch mindestens alle Mitglieder-versammlungen besuchd sein.

Die an den Kassen- und Geschäftsbericht anschließende Dis-kussion brachte diese Notwendigkeit wieder erneut zum Ausdruck. Da zeigte sich so recht, welche große Aufgaben, angelehnt der schwierigen Situationen unter denen unsere Mannheimer Kol-legen zu kämpfen haben, uns noch zu erledigen bevorstehen. Es zeigte sich aber auch, was entschlossenes Zusammenhalten und entschlossener Wille zur Arbeit vermag. Durch diesen werden auch in der Zukunft alle Schwierigkeiten überwunden, wenn alle Kollegen das beherzigen.

Darum auf, ihr Mannheimer Kollegen! Mit den alten und neuen Kräften im Vorstands- und Vertrauensmännerapparat zu neuen Taten und neuen Erfolgen im Jahre 1913! Uns allen zu Ruh und den Gegnern zum Trutz!

Stuttgart. Die Ortsgruppe Groß-Stuttgart hat beschlossen, zu Gunsten der kämpfenden Kollegen in Minden vier Extra-beiträge a. 25 Pfg. zu erheben. (Der Nachdruck emblemen. Die Red.)

München. Unter reger Anteilnahme der Mitglieder fand am 8. Februar im Lokale „Neapolstadt“ unsere diesjährige Generalversammlung statt. Dem Jahresbericht, welchen Koll. Wagner erstattete, entnehmen wir folgendes: Das verfloßene Jahr war reich an Kämpfen. Zu Anfang waren es Wirren politischer Natur, welche lähmend auf der gesamten Bewegung lasteten. Um die Mitte des Jahres entbrannte im katholischen Lager der alte sog. Gewerkschaftskampf aufs neue und zu Ende des Jahres lastete die bedrückende Schwüle weltpolitischer Wirrnisse auf unserem Wirtschaftsleben.

Der Kampf der Sozialdemokraten gegen uns nahm Formen an, wie nie zuvor. Heute wurde gegen die christlichen Gewerkschaften der Vorwurf geschleudert, „sie befinden sich im Schoße der Zentrumspartei“, am anderen Tage hörten wir, „in christlicher Demut müssen sie sich der Geißel der Reaktion unterwerfen“, dann wieder sollten wir „mit dem Gelbe der nationalliberalen Partei die Stimmen unserer Mitglieder an diese Partei verlaufen haben“. Ein tolles Gewirr von Verdrehungen, Verdächtigungen und Verleumdungen. — Der Ungegriffskampf der „Facharbeiter“ wurde mit Entschiedenheit abgegriffen. Die Kongresse in Dresden und Essen haben Klarheit gebracht durch die einfache Parole: „Wir bleiben in Zukunft was wir in der Vergangenheit waren.“ Wenn gleich auch dieser Kampf oft weitere Schäden für unsere Bewegung vorübergehend infolge so dürfen wir nicht vergessen, daß die hierauf verwendete Kraft sicher hätte besser angewandt werden können in positiver Arbeit. Zur Jahreswende zogen die Gemitterwollen eines europäischen Krieges am Horizonte auf. Im hiesigen Wirtschaftsleben machte sich die völlige Unklarheit über den Verlauf der Dinge am Balkan, die Geldknappheit und Geldsteuerung empfindlich bemerkbar. Trotz der vorgezeichneten kritischen Situation hielt unsere Ortsverwaltung daran fest, den Mitgliedern günstige Lohn- und Arbeitsverhältnisse zu verschaffen.

Mit der Firma A. Seidl, Kgl. Bay. Hofbäckerei wurde für die Schlosser, Maschinenisten und Heizer ein Vertrag abgeschlossen, welcher den Kollegen neben einer Lohnserhöhung von 1 Mk. bis 2,50 Mk. 2 Stunden Arbeitszeitverkürzung brachte. Im Feilenhauergewerbe, in welchem Jahre lang der sozialdemokratische Metallarbeiterverband dominiert war, konnten wir beim Abschluß des Tarifvertrages ebenfalls Mitkontrahent werden. Der Tarifvertrag der Fuß- und Wagen schmiede wurde nach mehrmaligen Verhandlungen mit bedeutenden Verbesserungen für unsere Kollegen neuabgeschlossen. Die Bewegung der Münchener Eisenindustrie, woran alle in betracht kommenden Organisationen beteiligt waren, konnte nach mehreren Verhandlungen mit dem bayerischen Metallindustriellenverband mit einem geringen Erfolg beendet werden. Neben diesen Bewegungen wurde noch versucht, bei einer Anzahl andern Firmen günstige Verhältnisse zu schaffen. Wenn gerade auch nicht alles nach Wunsch erfüllt wurde, so dürfen wir doch sagen, daß in den meisten Fällen das Entgegenkommen der Firmen beizubringen. Der einseitige vom deutschen Metallarbeiterverband eingeleitete Kampf der Elektromonteur mußte nach siebenwöchentlicher Dauer resultatlos beendet werden. Daran trägt der sozialdemokratische Verband allein die Schuld.

In agitatorischer Hinsicht versuchten wir ebenfalls nach besten Kräften unsere Reihen zu stärken. Insgesamt wurden 12 Mitgliederversammlungen, 32 Bezirksversammlungen, 15 Sektions-, 10 Werkstätten-, 1 öffentliche, 1 Jugendversammlung und mehrere Sitzungen abgehalten. In den meisten Versammlungen wurden durch belehrende und aufklärende Vorträge unsere Kollegen geschult und weitergebildet. In der Hausagitation war ein negativer Erfolg zu verzeichnen. (Aus welchen Gründen? D. R.) Trotzdem werden wir jedoch auch in Zukunft diesem Werbemittel unsere Aufmerksamkeit zuwenden müssen. Die Mitgliederentwicklung ließ gegenüber dem Vorjahre manches zu wünschen übrig, aber die Beitragsleistung und damit die Kassenverhältnisse haben sich gebessert. An Einnahmen waren für die Hauptkasse zu verzeichnen: 12 133,20 Mark, an Ausgaben 6761,26 Mark. An die Hauptkasse gelangt wurden 5371,94 Mk. Die Einnahmen der Lokalkasse betragen 4768,37 Mk., die Ausgaben 2287,60 Mk. Es bleibt sonach ein Bestand von 1880,77 Mk. An Unterstützungen löß den Mitgliedern wieder eine beträchtliche Summe von den Einnahmen zu. Für Streifenunterstützung wurden 1525 Mk., für Krankenunterstützung 2284,23 Mk. und für Arbeitslosenunterstützung 881,60 Mk. verausgabt. Dem Berichte schloß sich eine kurze Diskussion an.

Die Wahlen hatten folgendes Ergebnis: Kollege Frz. Seidl wurde 1. und Kollege W. Hofbach 2. Vorsitzender, J. Hübler Kassierer, M. Sand und Fr. Schellenberger Schriftführer. Beisitzer wurden die Kollegen J. Graber und K. Mablauer. Revisoren die Kollegen J. Schwarz und J. Horlacher.

Am Schluß sprach der anwesende Bezirksleiter Kollege Konrad Nürnberg einige aufmunternde Worte und ersuchte die Kollegen im neuen Jahr mit verdoppelter Kraft an dem Ausbau unseres Verbandes weiter zu arbeiten.

Ameri St. Anton. Schon vor Schluß des alten Jahres, am 22. Dezember, hielt unsere Ortsgruppe die statutarische Jahresgeneralversammlung ab. Da selbstredend der Kassenbericht so früh noch nicht endgültig abgeschlossen werden konnte, holte unser Kassierer, das in der Sammelversammlung nach. Danach betragen die Gesamteinnahmen im verfloßenen Jahre 1872 Mk., an die Zentrale abgeandt wurden 1137,94 Mk., an den Bezirk 316,38 Mk. An Arbeitslosenunterstützung wurden ausbezahlt 90 Mk., an Krankenunterstützung 373,08. Der Lokalkassenbestand liegt von 382,58 auf 432,74 Mk. Die Mitgliederzahl stieg von 72 auf 76.

Aus dem Bericht des Vorsitzenden Kollegen Wägen in der Jahresgeneralversammlung sei hier noch folgendes wiedergegeben: Durch die Hausagitation gewonnen wir sieben Mitglieder, jedoch wir jetzt nur noch einige wenige Arbeiter am Ort für unsere Sache zu überzeugen haben. Bei der diesjährigen Gewerkschaftswahl ging die Stimmenzahl für die Liste der „freien“ Gewerkschaften auf 4 zurück. An Versammlungen hielten wir ab: 14 Mitglieder- und 9 Vorstandsversammlungen.

Zum Punkte Vorstandswahl erhielt Kollege A. r e b - M. - G l a b - b a c h das Wort und die Leitung der Versammlung. Er wies darauf hin, daß jetzt der Augenblick gekommen sei, die richtigen Kollegen mit der Führung der Ortsgruppe zu betrauen. Das Resultat der Wahl ergab die Wiederwahl des alten Vorstandes mit Ausnahme des zweiten Vorsitzenden Kollegen Joh. Walleige. Auf seinen begründeten Wunsch wurde von seiner Wiederwahl Abstand genommen und dafür der Kollege Guntler, Sachbisch gewählt. Der Vorsitzende dankte den Vorstandsmitgliedern für ihre treue Mitarbeit im vergangenen Jahre, welche er auch fernerhin von ihnen erhoffte. Zum Schluß gedachte Kollege A r e b - M. - G l a b - b a c h noch der Münchener Kollegen, die im an-

gewungenen Kampfe um ihre Rechte stehen. Ehrenpflicht sei es deshalb, daß jeder Kollege nach besten Kräften die Münchener christlichen Metallarbeiter auch materiell unterstütze.

Marktrecht. Ein sozialdemokratischer Zeilenschänder mit „lebhafter“ Phantasie müßt sich wiederholt in der sozialdemokratischen Tagespresse (Volksstimme) und Metallarbeiterzeitung ab, seine Katerstimmung zu verbreiten. Die Kennzeichnung der sozialdemokratischen Interessentvertretung durch unser Verbandsorgan hat's dem Manne angetan. Wenn der Genosse eifrig unser Organ durchstöbert, ist dies ein löbliches Tun, besonders, wenn dies gründlich geschieht, leider fehlt es da noch. So behauptet er, alles sind Verdrehungen, Verrenkungen und dergleichen mehr. „Doch, der leiste Versuch, auch nur einen Schein von Beweisen zu erbringen, fehlt vollständig.“ Diese Methode sozialdemokratischer Zeilenschänderi ist derart abgegriffen, daß kein vernünftiger Mensch sie noch ernst nimmt. Zur Erheiterung sei hier noch festgestellt, daß sich die blühende Phantasie des Genossen dazu verließ, für Marktrecht einen christlichen Terrorismus zu konstatieren. In Marktrecht selbst ist keinem Menschen etwas vom christlichen Terrorismus bekannt. Die Genossen sind nie verlegen, sie konstruieren und fabrizieren für den sozialdemokratischen Tagesgebrauch „christlichen Streikbruch“, „christliche Erklärungen“, „christlichen Terrorismus“. Wer so tief gesunken ist, verkennt nur noch unter — Mitleid.

Schw. Gemünd, (Jugendliche). Hier in unserem lieben Gemünd fehlt es keineswegs an Vereinigungen, die dem Zeitgeist entsprechend die Jugend mit Sport und Vergnügen an sich zu locken suchen. Demgegenüber hat eine Vereinigung wie unsere Jugendabteilung, welche sich ernster Arbeit widmet, welche den jugendlichen Arbeiter auch mit sozialen und wirtschaftlichen Fragen vertraut zu machen sucht, keinen allzuleichten Stand. Trotzdem aber herrscht in den Reihen unserer jungen Kollegen frisch pulsierendes Leben. Unermüdet streben die „Jungen“ unter Assistenz einiger „Alten“ nach vorwärts. Das zeigte auch der Verlauf der Generalversammlung der Jugendlichen am 2. Februar. Nach dem Jahresbericht des Schriftführers wurden 11 Mitgliederversammlungen mit Vortrag abgehalten. Behandelt wurden hier u. a. die Lohnfrage, die Sozialdemokratie, Aufgaben der christlichen Gewerkschaften, Deutsches Meer- und Flottenwesen u. a. m. Vier Vorträge wurden von jungen Kollegen selbst gehalten; ein Erfolg des fleißigen Besuches des Sozialen Unterrichtskurses.

Der Mitgliederbestand ist seit der Gründung (Ende 1911) um mehr als das vierfache gestiegen. Ein Mitglied ist gestorben. Kollege Kollroth sprach dem Vorsitzenden und dem Schriftführer seine Anerkennung für ihre eifrige Tätigkeit aus. Nach seinem Bericht wurden im 3. Quartal 1911 85, im 4. Quartal 167 Jugendmarken verkauft; dann 1912 im 1. Quartal 222, im 2. 199, im 3. 276 und im 4. Quartal 333 Marken. Daraus ergibt sich die stetig steigende Entwicklung. Der Mitgliederbestand beträgt zurzeit 53 junge Kollegen. Kollege Kollroth schloß mit aufmunternden Worten zur Weiterarbeit und mit den Wünschen, daß es bis zum nächsten Jahre gelingen möge, den Stand von 100 jungen Kollegen zu erreichen. Die Wahlen ergaben die einstimmige Wiederwahl der bisherigen Vorsitzenden und Schriftführer. Ersterer schloß die einmütig verlaufene Versammlung nach einem kurzen Rückblick auf die wirtschaftlichen Vorgänge des Jahres 1912. — Und jetzt, Kollegen, schreiten wir auf dem eingeschlagenen Weg des Erfolges rüstig weiter voran — zu unserem eigenen Besten und zum Besten der gesamten christlichen Gewerkschaftsbewegung.

Soziales. Steuerreklamationen.

Die Steuerbehörden sind schon eifrig mit den Einkämpfungen zur Einkommensteuer beschäftigt. Nur noch wenige Tage werden vergehen, bis die Einkämpfungen den Steuerzahlern zugehen. Um den Arbeitern, Angestellten und Hauseigentümern zur wirksamen Verteidigung gegen zu hohe Besteuerung geeignetes Material an die Hand geben zu können, hat der Verlag der „Westdeutschen Arbeiterzeitung“ in der „Arbeiterbibliothek“ (Heft 13, Preis 30 Pfg.) eine Broschüre über das prüfliche Einkommensteuergesetz herausgegeben. Dieselbe gibt eine übersichtliche Darstellung des hauptsächlichsten Inhalts des Gesetzes unter besonderer Betonung des für den Arbeiterstand wesentlichen. Speziell ist das Wesen des Lohn Einkommens und der Nebenbezüge dargestellt und dargelegt, was alles von dem Höheinkommen abgezogen werden kann, es sei nur hingewiesen auf die Abzüge bei auswärtiger Arbeit, für Heiderverleihe, bei Ueberstunden, Mitarbeit der Frau und dergleichen. Auch das Einkommen und der zulässige Abzug bei Hausbesitz usw. ist gebührend berücksichtigt.

Um dem Steuerzahler die Anfertigung einwandfreier Einsprüche, Berufungen und sonstiger Eingaben in Steuer sachen zu ermöglichen, ist dem Büchlein eine Formularsammlung beigelegt. Die Anschaffung des Büchleins ist allen Steuerzahlern dringend zu empfehlen. Es dient auch als Helfer bei der mündlichen Verteidigung der Reklamation und bei der eventuell notwendig werdenden Berufung an die Berufungskommission.

Tagungen der auf christlich-nationalen Boden stehenden Arbeitervertreter in den gesetzl. sozialen Einrichtungen.

In den nächsten Wochen finden zunächst in Westdeutschland sechs große Tagungen der Krankenkassenverbände und Vertreter, sowie der Beisitzer an den Berufungsämtern (unteren Verwaltungsbehörden) und Oberberufungsämtern (Schiedsgerichten) sowie der Kartell- und Zahlstellenverbände und Arbeitervereinsleitungen, statt. Die Tagungen werden vom Gesamtverband der christlichen Gewerkschaften veranstaltet. Die Tagesordnung auf allen Tagungen lautet:

1. Die Wahlen zu den Organen der Arbeiterversicherung und der Aufbau derselben nach der neuen Reichsversicherungsordnung; Vortragender: Reichstagsabgeordneter S. B e t t e r - B e r l i n - S t e g l i c h.
 2. „Die Kräfte der Arbeitervertreter vor den Berufungs- und Oberberufungsämtern, unter Würdigung der wichtigsten materiellen Gesetzesänderungen“; Vortragender: Herr K o l l s b a c h - v o r p o r t e r H. D i e d - R. G l a b b a c h und Arbeitersekretär S. A b e r s m a n n - H a g e n.
 3. Ansjhrage.
- Die Tagungen finden nach folgendem Plane statt: Am Sonntag, den 23. Februar, nachmittags 1,30 Uhr in Düsseldorf im Paulushaus; am 2. März (immer Sonntags) und von 1,30 Uhr nachm. ab) in Essen-Ruhr; am 9. März in

Belsenkirchen; am 6. April in Dortmund; am 13. April in Köln und am 20. April in Duisburg. Die Lokale werden in nächster Zeit bekannt gegeben. An die Gewerkschaftsleitungen, Arbeitersekretäre, Kartell- und Zahlstellenverbände, sowie an die Leitungen der konfessionellen Arbeitervereine ergeht die Bitte, für zahlreiche Besuch von geeigneten Persönlichkeiten zu diesen Arbeitervertreter-Tagungen Sorge zu tragen. Die örtlichen Vorbereitungen haben die Sekretäre der Bezirkskartelle übernommen. Die Veranstaltungen beginnen, wie mitgeteilt, mittags 1 1/2 Uhr und enden abends so frühzeitig, daß auch den auswärtigen Arbeitervertretern Gelegenheit gegeben ist, daran teilzunehmen.

Sterbetafel.

- Dortmund - Lünen.** Am 21. Februar starb unser Mitglied Franz Elberfeld, Dreher, im Alter von 21 Jahren an Lungenkrankheit.
- Buchholz.** Am 23. Februar starb unser Kollege Joh. Bruns im Alter von 27 Jahren an einem Schlaganfall.
- Reheim.** Am 9. Februar starb unser Kollege Bernh. Lööbde, Klempner im Alter von 51 Jahren an Rippenfellentzündung.
- Schw. Gemünd.** Am 18. Februar starb unser Kollege Josef Wopp, Silberarbeiter im Alter von 31 Jahren an Lungenleiden.

Ehre ihrem Andenken! Versammlungskalender.

- Kollegen und Kolleginnen! Versäumt ohne triftigen Grund keine Versammlung!
- Samstag, den 1. März.**
- Augsburg-Bauschlösser. Versammlung in der Schönenhalle.
 - Berlin-Wabrit. Verf. bei Waberski, Bogoslawstr. 88.
 - Boles-Kabel. Abends 8,30 Uhr bei Joh. Schirrmann, Hagenerstr. 1.
 - Bremen. Abends 8,45 Uhr im Colosseum, Dillernstr. 1.
 - Elberfeld. Abends 8,30 Uhr bei Herzogstr. 10, Klopstr. 10, Ref. Bezirksleiter Kollege Schmitz.
 - Essen-Borbeck. Abends 8,30 Uhr bei Kiefernagel.
 - Essen-Electromonteur. Abends 8,30 Uhr bei Sacharicus im Gelsenhaus, Steierstr. 36.
 - Essen-Kumpi- und Wauschlösser. Abends 8,30 Uhr in der „Bürgerhalle“, Kumpstr. 19.
 - Freiburg i. Br. Abends 8,30 Uhr im Gantenbrunn, Schifferstr. 7.
 - Frankenthal. Versammlung.
 - Stuttgart. Abends 8,30 Uhr im römischen König, Holzstr. 3.
 - Wetterhauer-Vogelsang. Abends 8,30 Uhr bei Mühlborn, Gaeperstr. 1.
- Sonntag, den 2. März.**
- Altenhagen. Vorm. 11 Uhr bei Aug. Steinhilber, Boelkerstr. 1.
 - Beckum. Vorm. 11 Uhr bei C. D. Schulte, am Markt.
 - Bellheim. Jeden 1. Sonntag im Monat Verf. abwechselnd im „Fisch“ und „Kreuz“.
 - Bonn. Vorm. 10 Uhr im Lokal. Vortrag über Reichsversicherungsordnung.
 - Berlin-Jugendliche. Nachm. 3 Uhr im „Deutschen Gärtnerheim“.
 - Crefeld-Dortm. Morgens 11 Uhr im Lokale Venger a. d. Kirche, Call (Eisen). Nachmitt. 6,30 Uhr Versammlung.
 - Crefeld-Stadt. Morgens 11 Uhr in der „Reichshalle“, Vortrag und Wahl zur Bezirkskonferenz.
 - Dgg-Laar. Vorm. 11,30 Uhr bei Janßen, Kaffert.
 - Dortmund-Lünen. Nachm. 3,30 Uhr bei Langmann, Bismarckstr.
 - Dortmund-Dombach. Nachm. 4 Uhr bei Wm. Schmittler, Kiefernstr.
 - Dortmund-Schwerte. Nachm. 4 Uhr bei Nordt, Bahnhofsstr.
 - Dortmund-Hörde. Nachm. 4 Uhr bei Stolte, Chausseestr.
 - Düsseldorf-Verwaltungsstelle. Vorm. 10,45 Uhr im Paulussbond, Dillstr. (großer Saal) öffentliche Versammlung. L. O. Der Freund und organisierte Arbeiterverband des Kirch-Dundersteden Gewerkschafts in Solberg. Referent: Bezirksleiter Kollege S c h m i t z - E i s e n. Es ist Pflicht aller Verbandsmitglieder zu dieser Versammlung pünktlich zu erscheinen.
 - Danzig. Nachm. 2 Uhr im St. Josephshaus.
 - Essen-Altkath. Abends 7 Uhr in der „Bürgerhalle“, Kottstr. 19.
 - Essen-Carnap. Nachm. 4,30 Uhr in Gort-Emsler bei Th. Hollmann.
 - Essen-Dolkerhausen. Abends 7 Uhr bei Wägen.
 - Essen-Förmer- und Sicherungsarbeiter. Vormittags 10,30 Uhr im „Alteubushaus“, Frosnhauerstr. 19, Generalversammlung.
 - Gelsenkirchen-Neustadt. Morgens 11 Uhr im Rührthal-Restaurant.
 - Gamborn. Nachm. 4 Uhr bei Freundliches am Neumarkt. Frauen mitbringen.
 - Sattingen. Vorm. 11 Uhr bei Kuelles. Bericht von der Bezirkskonferenz.
 - Somborn. Nachm. 5 Uhr bei Hühmann, Friedrichstr.
 - Südlingen. Nachm. 3 Uhr bei Witz.
 - Stalderne-Grillingen. Vorm. 10 Uhr Vorstands- u. Verim-Sitzung im „Wilde Mann“.
 - Stalderne-Grillingen. Nachm. 3,30 Uhr im Gasthaus „am Ort“.
 - Köln-Chrenfeld. Morgens 11 Uhr bei Wittkamp, Venloerstr. 1.
 - Köln-Dingel. Morgens 11 Uhr bei Ditz.
 - Köln-Nippes. Vorm. 11 Uhr bei Koch, Ernanth u. Neuherrstr. 1.
 - Löbbecke. Vorm. 11 Uhr bei E. Diemer, Wilhelmstr. 1.
 - Vors-Hebach. Nachmittags 5 Uhr bei Stadbach, früher Krämer, in Porz.
 - Schallsmühle. Nachm. 5 Uhr bei W. Wedder, Hülverstr. 1.
 - Schwelm. Vorm. 11 Uhr bei Wiese, Bahnhofsstr. 1.
 - Trick. Vorm. 11 Uhr bei Kirgen an der Meerfagelstraße.
- Donnerstag, den 6. März.**
- Danzig-Langfuhr. Abends 8 Uhr in der Flora.
 - Dejede. Abends 8,30 Uhr bei Wiri Gassmann.
- Freitag, den 7. März.**
- Saltern. Abends 8,30 Uhr im Verbandslokal.
- Samstag, den 8. März.**
- Chebnitz. Abends 8,30 Uhr im „Freiwilligen Hof“, Brandstr. 18. Wichtige L. O., das Erscheinen aller Kollegen ist notwendig.
 - Essenach. Abends 8,30 Uhr im Westfälischen Hof.
 - Essen-Heilwig. Abends 9 Uhr bei Buchmüller.
 - Essen-Klempner und Installateure. Abends 8,30 Uhr in der „Bürgerhalle“, Kottstr. 19.
 - Elbing. Abends 8 Uhr im Erholungsheim; vorher (7 Uhr) Vorstandssitzung.
 - Köln-Endenthal. Abends 9 Uhr bei Sadtler, Bachenerstr. 129.
 - Köln-Sumboldkolonie. Abends 8,30 Uhr bei Gutz, Baitir.
 - Wormen. Abends 8,30 Uhr im Jägerhof, Ede Jäger- und Wägenstr.
 - Wormen. Abends 8,30 Uhr bei Thiede, Spinnstr. 4-5.
 - Wormen. Abends 8,30 Uhr bei Guntan Erlich, Kiefernstr. 1.
 - Damburg. Abends 8,30 Uhr in Willems Gesellschaftshaus, Klopstr. 27.
 - München. Abends 8 Uhr im Lokale „Neapolstadt“, Senefelderstr. 11.
 - Solling-Paau. Abends 8,30 Uhr bei Strabwiel.
 - Stuttgart-Ludwigsburg-Jugendliche. Abends 7 Uhr bei Wetmann.
 - Stuttgart-Bussenbauern. Abends 8,30 Uhr in der „Kranke“.
 - Tönscheid. Abends 8,30 Uhr bei Wwe. Lange.
 - Wobwinkel. Abends 8,30 Uhr bei Schmidt, Kaiserstr. 178.
- Sonntag, den 9. März.**
- Düsseldorf-Elber. Vorm. 11 Uhr im Lokale Gaelestr. 10, Kumpstr. 19.
 - Düsseldorf-Elberfeld. Vorm. 11 Uhr im Lokale Gaelestr. 10, Kumpstr. 19.
 - Düsseldorf-Elberfeld. Nachm. 5 Uhr im Lokale Deines-Meer.
 - Crefeld-Heilwig. Morgens 11 Uhr bei Schmitz im Parlament.
 - Crefeld-Hills. Morgens 11 Uhr im Lokale Pfg. Eämtliche Kollegen erscheinen.
 - Sagen-Altkath. Vorm. 11 Uhr bei Bernh. Eichhoff, Krämerstr. 27.
 - Reichenich. Morgens 11 Uhr bei Liebler.
 - Särth. Morgens 11 Uhr bei Dier.
 - Stierstr. Abends 6 Uhr mit Frauen bei S. Landscheid, Goltenerstr. 1.
 - Strabing. Vorm. 10,30 Uhr im „Münchener Hof“.
 - Unterföhen. Nachm. 3 Uhr im Lokale „Fisch“.
 - Wessern. Vorm. 11 Uhr bei Bohmann.